



Nr. 255 | 28.09.2021

Ukraine-Analysen

30 Jahre seit dem Ende der Sowjetunion

■ VON DER REDAKTION			
Themenheft			
»30 Jahre seit dem Ende der Sowjetunion«	2	Dreißig Jahre Unabhängigkeit. Quo vadis, Ukraine?	13
■ KOMMENTAR		Von Andrii Portnov (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder)	
Was bedeutet das Ende der Sowjetunion für die heutige Ukraine? Eine Einleitung	2	Unabhängig, aber sowjetisch?	15
Von Gwendolyn Sasse (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien – ZOIS, Berlin)		Von Mykola Rjabtschuk (Ehrenpräsident des ukrainischen PEN-Clubs)	
Wie hat sich die Ukraine seit der Unabhängigkeit entwickelt?	3	Ukraine – Jetzt mit To-do-Liste die Zukunft angehen!	17
Von Olexiy Haran (Nationale Universität Kiew-Mohyla-Akademie)		Von Gibfried Schenk (Universität Erlangen-Nürnberg)	
Die Sprachen und die Politik	6	Welche Bedeutung hat das Ende der Sowjetunion für die heutige Ukraine?	18
Von Anastasija Kostiučenko (Universität Greifswald)		Von Irina Starovoyt (Ukrainische Katholische Universität, Lviv)	
30 Jahre ukrainische Unabhängigkeit	7	Zum 30. Jahrestag der ukrainischen Unabhängigkeit	20
Von David R. Marples (University of Alberta)		Von Jewgenij Zacharow (Charkiwer Organisation für Menschenrechte)	
Drei Jahrzehnte der ukrainischen Unabhängigkeit	9	■ UMFRAGE	
Von Michail Minakow (Kennan Institute/Wilson Center, Washington)		Bedauern Sie den Zerfall der Sowjetunion?	22
30 Jahre danach: Der eskalierende und unversöhnliche Konflikt um die »totalitäre« Vergangenheit	11		
Von Oksana Myshlovska (Universität Bern und Hochschulinstitut für internationale Studien und Entwicklung, Genf)			

VON DER REDAKTION

Themenheft »30 Jahre seit dem Ende der Sowjetunion«

Die Länder-Analysen schauen im September gemeinsam zurück auf das Ende der Sowjetunion vor 30 Jahren. Für diese Ausgabe haben wir Ukraine-Experten aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft gebeten, zu kommentieren, welche Bedeutung das Ende der Sowjetunion aus ihrer Sicht für die heutige Ukraine hat. Die Ausgabe beginnt mit einem kurzen Überblick von Gwendolyn Sasse. Es folgen die rechtzeitig bei uns eingegangenen Texte im Autorenalphabet.

KOMMENTAR

Was bedeutet das Ende der Sowjetunion für die heutige Ukraine? Eine Einleitung

Von Gwendolyn Sasse (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien – ZOiS, Berlin)

Das Ende der Sowjetunion war ein historisches Schlüsselmoment für die Ukraine. Es markierte den Beginn dauerhafter staatlicher Unabhängigkeit. Diese hatte zuvor nur kurzfristig und in anderen politischen und territorialen Konstellationen existiert. Die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik hatte mit ihrer Unabhängigkeitserklärung am 24. August 1991 und der Legitimierung dieser Entscheidung durch ein Referendum am 1. Dezember 1991 den Zerfall der Sowjetunion besiegelt. Über 90 Prozent der Bevölkerung stimmten in diesem Referendum für die Unabhängigkeit der Ukraine, darunter auch eine Mehrheit auf der Krim. Dieses Votum und die Tatsache, dass die Krim ab spätestens 1995 politisch fest in den Südosten der Ukraine integriert war, sind im Zusammenhang mit der Krim-Annexion 2014 durch Russland auch im westlichen Diskurs oft unterbelichtet geblieben.

Die Staats- und Nationsbildung hat den ukrainischen Transformationsprozess seit 1991 geprägt – sowohl intern als auch in den Beziehungen zu Russland. Die historisch bedingte regionale und ethnolinguistische Vielfalt der Ukraine ist dabei von außen häufig missverstanden worden: Sie ist weder gleichbedeutend mit einer klaren Ost-West-Spaltung des Landes noch im Alltag so konfliktbehaftet wie oft angenommen. Dennoch stellt Diversität immer eine politische und gesellschaftliche Herausforderung dar. Diese ist umso größer im Kontext eines postkolonialen Demokratisierungsprozesses. Dreißig Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion ist eine auf den Staat und die ukrainische Staatsbürgerschaft ausgerichtete Identität in der Vorstellung der Bevölkerung und der politischen Eliten fest verankert.

Das Ende der Sowjetunion ist nicht auf 1991 bzw. auf die Gorbatschow-Ära 1985–1991 begrenzt; das imperiale Erbe wirkt auch mittel- und langfristig nach. Neben wirtschaftlichen und infrastrukturellen Verflechtungen halten sich vor allem politische Ansprüche und Denkmuster des ehemaligen imperialen Zentrums. Die Nichtanerkennung der ukrainischen Unabhängigkeit, gespiegelt in der Rhetorik vom »slawischen Brudervolk«, ist eine Konstante in der Politik des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Somit ist auch die Annexion der Krim und der seit 2014 andauernde Krieg im Donbass, bei dem Russland lokale Separatisten unterstützt, eng mit dem Ende der Sowjetunion verknüpft. Der Krieg in der Ostukraine hat bisher etwa 14.000 Opfer gefordert und entkräftet das Bild eines relativ friedlichen Zerfalls des Sowjetimperiums.

Für die ukrainische Gesellschaft verband sich das Ende der Sowjetunion sowohl mit Hoffnungen als auch mit Ungewissheiten und Enttäuschungen. Das Ende des Kalten Krieges öffnete physische und mentale Grenzen gen Westen, aber der Prozess der EU-Osterweiterung bis an die ukrainisch-polnische, ukrainisch-ungarische, ukrainisch-slowakische und ukrainisch-rumänische Grenze schuf neue rechtliche und alltägliche Grenzregime. Die wirtschaftlichen Reformen waren von Phasen der Hyperinflation begleitet und ermöglichen oligarchischen Interessen bis heute einen großen Einfluss. Die Massenproteste der Orangen Revolution 2004 und des Euromaidan 2013–14 generierten wichtige Demokratisierungsschübe, verbanden sich in der Folge aber auch mit der Enttäuschung über langsame bzw. unvollständige Reformen, insbesondere im Justizsektor und bei der Korruptionsbekämpfung.

Mit dem Ende der Sowjetunion hat die Ukraine ihren Platz in der Mitte Europas eingenommen. Trotz inzwischen weitreichender Kooperationen über ein EU-Assoziierungs- und Freihandelsabkommen sowie mit der NATO ist die Ukraine weiterhin nur punktuell im Bewusstsein der europäischen Öffentlichkeit präsent.

Über die Autorin

Gwendolyn Sasse ist Wissenschaftliche Direktorin des Zentrums für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) und Einstein-Professorin für Vergleichende Demokratie- und Autoritarismusforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Die Annexion der Krim und der Krieg in der Ostukraine haben einmal mehr die (sicherheits-)politische Bedeutung der Ukraine in Europa hervorgehoben, doch auch nach dreißig Jahren dauert der Prozess des Umdenkens in Europa noch an.

Wie hat sich die Ukraine seit der Unabhängigkeit entwickelt?

Von Olexiy Haran (Nationale Universität Kiew-Mohyla-Akademie)

Einleitung

1990 boten nur 45 % aller Schulen der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik Unterricht auf Ukrainisch an und nur 10 % aller Vorlesungen an Universitäten fanden auf Ukrainisch statt. Es gab die Möglichkeit, sich vom ukrainischen Sprachunterricht in der Schule befreien zu lassen. Obwohl ich mich immer als Ukrainer fühlte, konnte ich also nicht fließend Ukrainisch sprechen. Über Russifizierung zu sprechen war damals gefährlich, ich hätte von der Universität verwiesen werden können. Zur »Beruhigung« wurde argumentiert, dass zum Beispiel die Iren ihre Sprache, das Irisch-Gälische, auch nicht sprechen würden, aber trotzdem in ihrer Identität Iren blieben. Aber die Iren hatten einen Vorteil gegenüber den Ukrainern. Im Gegensatz zu den Briten waren sie Katholiken, und das half ihnen, ihre Identität zu bewahren.

Bei den Ukrainern und Russen hingegen wurde versucht alles zusammen zu fassen: die Sprache, die Kirche, die Geschichte – ganz nach Leonid Breschnews Konzept einer »neuen historischen Gemeinschaft – eines einheitlichen sowjetischen Volkes«. Auch im Westen fehlte eine Vorstellung davon, was die Ukraine sei. Margaret Thatcher lehnte 1990 die Idee einer Unabhängigkeit der Ukraine ab mit der Begründung: »Können Sie sich die Trennung Kaliforniens von den Vereinigten Staaten vorstellen« (!).

Politische Nation

Daher wurde die Unabhängigkeit zum Schlüssel zur Bewahrung und Entwicklung der ukrainischen Nation. Aktuelle Umfragen der Stiftung »Demokratische Initiativen Ilko Kutscheriw« und des Razumkov-Zentrums zeigen, dass trotz erheblicher regionaler Unterschiede in allen Regionen die Mehrheit der Ukrai-

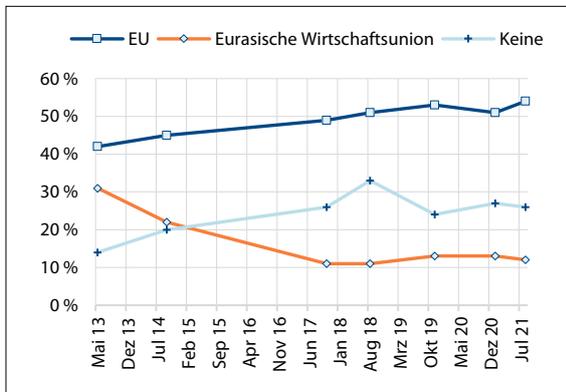
ner inzwischen dafür ist, dass alle Bürger der Ukraine die Staatssprache sprechen können; dass Ukrainisch die Kommunikationssprache von Beamten und Staatsoberhäuptern sein sollte; dass an allen öffentlichen Schulen die meisten Fächer in der Staatssprache unterrichtet werden.

Trotz eines deklarativen »Internationalismus« handelte die Sowjetregierung tatsächlich nach dem Prinzip »teile und herrsche«. Neben der Russifizierung von »jedem und allem«, standen ein de facto offizieller (wenn auch formal versteckter) Antisemitismus, die Weigerung den Krimtataren die Rückkehr in ihre Heimat zu erlauben u. ä.. Es ist deshalb wichtig zu verstehen, dass es bei der ukrainischen Nationsbildung um die Schaffung einer ukrainischen politischen Nation geht, die Vertreter verschiedener ethnischer Gruppen, Religionen und Sprachgruppen umfasst. Das Scheitern von Putins »Russischem Frühling« 2014 in der Ostukraine hat dies deutlich gezeigt. Die absolute Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung (85 %) teilt eine nationale Identität und betrachtet sich in erster Linie als Bürger der Ukraine. Die auf das ganze Land bezogene Identität überwiegt die regionale Identität überall ohne große Unterschiede (90 % in der Westukraine, 83 % in der Ostukraine).

Außenpolitische Orientierung

Wer hätte sich Ende der 1980er Jahre vorstellen können, dass sich die Ukraine der EU annähern wird? Aber es passierte und nach 2014 verlor die pro-russische Orientierung bezogen auf die Außenpolitik vollständig an Bedeutung, wie Grafik 1 zeigt.

Die Wahl fiel also zugunsten der Europäischen Union. Sogar noch mehr: während die Ukrainer sich früher von der Nato distanzieren, gibt es jetzt auch eine Mehrheit für den Beitritt der Ukraine in die

Grafik 1: Welche Integration bevorzugen Sie?

Anmerkung: An 100 % fehlende Antworten entfallen auf »schwer zu sagen« und keine Antwort. Die der Grafik zugrundeliegenden Daten sowie die Quelle der Daten finden Sie in Tabelle 1 am Ende des Textes.

NATO. Angesichts der Aggression des Kremls lehnen die Ukrainer »Frieden um jeden Preis«, also Frieden zu Putins Bedingungen, ab.

Demokratie

Die Ukraine ist eine Demokratie, wenn auch instabil und unvollständig – aber dennoch eine Demokratie. Tatsächlich wurden seit der Perestroika und der Unabhängigkeit 1991 die wichtigsten Entscheidungen im Land durch Kompromisse getroffen. So unterschied sich die Ukraine von vielen Sowjetrepubliken dadurch, dass sie dank einer Absprache zwischen der nationaldemokratischen Opposition und den »National-Kommunisten« friedlich und ohne interne ethnische Konflikte ihre Unabhängigkeit erlangte. Darüber hinaus wählte die Ukraine als erster GUS-Staat bei den demokratischen Wahlen 1994 sowohl den Präsidenten als auch das Parlament komplett neu. Selbst die Verfassung der Ukraine wurde 1996 als Kompromiss zwischen Präsidenten und Parlament verabschiedet. Ganz im Gegensatz zu Russland, wo 1993 der Verabschiedung der Verfassung in einem Referendum die Erstürmung des Parlaments auf Befehl des demokratischen Präsidenten Boris Jelzin vorausging.

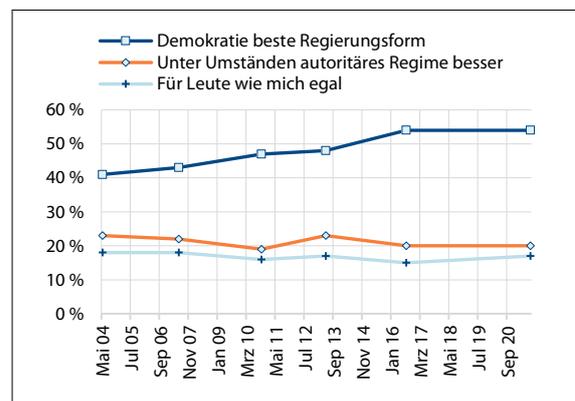
In der Ukraine mussten nach der Verabschiedung der Verfassung von 1996 Präsident und Parlament nebeneinander existieren, weil keine Seite genug Vollmachten besaß, um die andere auszuschalten. Die politische Opposition in der Ukraine war stark. Die Regierung musste auch die Interessen der verschiedenen Regionen berücksichtigen. Damit war dieses System ausgewogener als das russische Modell. In der Ukraine entstand aus Sicht der westlichen Politikwissenschaft »pluralismus by default«, also ungeplanter und unbeabsichtigter Pluralismus.

Ein weiterer Unterschied zwischen der ukrainischen und der russischen politischen Kultur ist die Bedeutung des Individualismus. Dieser zeigt sich zum Beispiel bei

der lokalen Selbstverwaltung (Magdeburger Gesetz für Städte der polnisch-litauischen Epoche), beim privaten Landbesitzes (im Gegensatz zu Russland war der kommunale Besitz in der Ukraine immer viel schwächer verankert) und geringerer Unterstützung für einen autoritären Führer, der mit »starker Hand« Ordnung schafft.

Derzeit glauben 54 % Ukrainer, dass die Demokratie die wünschenswerte Regierungsform für die Ukraine ist. Dabei zeigt der Trend nach oben, wie Grafik 2 zeigt. Umgekehrt glauben nur 20 %, dass ein autoritäres Regime unter bestimmten Umständen besser sein kann als ein demokratisches. Wichtig ist auch, dass 72 % der Befragten erklären, dass selbst eine starke Führungskraft Gesetze nicht verletzen darf.

Die größten Probleme hat die Ukraine im Bereich der

Grafik 2: Welcher Aussage stimmen Sie für die Ukraine eher zu?

Anmerkung: An 100 % fehlende Antworten entfallen auf »schwer zu sagen« und keine Antwort. Die der Grafik zugrundeliegenden Daten sowie die Quelle der Daten finden Sie in Tabelle 2 am Ende des Textes.

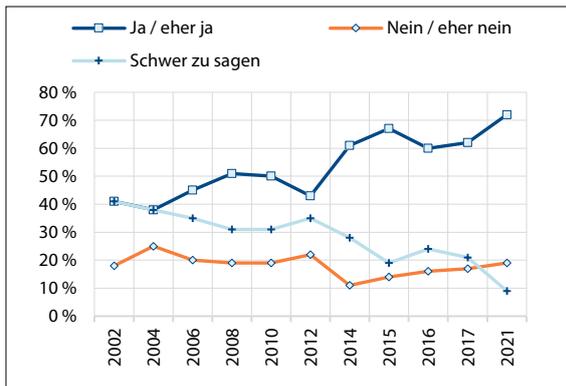
Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung. Mittlerweile gibt es aber in der Ukraine ganze Bereiche, die frei von Korruption sind. Als Professor der Nationalen Universität Kiew-Mohyla-Akademie freut es mich besonders, dass durch die Einführung eines einheitlichen unabhängigen Prüfungsverfahrens die Zulassung zum Universitätsstudium jetzt frei von Bestechung und Vetternwirtschaft ist.

Identität

Im historischen Gedächtnis und im Bereich der Dekommunisierung wurden seit der ukrainischen Unabhängigkeit enorme Veränderungen vollzogen. In diesen Bereichen gehen die Ansichten von Russen und Ukrainern immer weiter auseinander. 62 % der Ukrainer (und die Mehrheit in allen Regionen) sehen Stalins Rolle in Bezug auf die Ukraine negativ. 48 % der Ukrainer unterstützen die Meinung, dass der Zweite Weltkrieg als Folge einer geheimen Absprache zwischen Hitler und Stalin zur Aufteilung der Einflussphären in Europa entstand (29 % stimmen nicht

zu, weitere 23 % sind unentschieden). Auch hier stimmt in allen Regionen die Mehrheit zu, wobei allerdings in der Ostukraine Zustimmung und Ablehnung fast gleich sind. Umfragen zeigen, dass eine wachsende Zahl der Ukraine

Grafik 3: Sind Sie stolz Bürger der Ukraine zu sein?



Anmerkung: An 100 % fehlende Antworten entfallen auf »schwer zu sagen« und keine Antwort. Die der Grafik zugrundeliegenden Daten sowie die Quelle der Daten finden Sie in Tabelle 3 am Ende des Textes.

»stolz« auf ihr Land ist. Wie Grafik 3 zeigt, ist dieser Wert von etwa 40 % im Jahr 2002 auf aktuell über 70 %

gestiegen. Ein erstaunlicher Anstieg. Und das trotz all unserer Probleme, sozioökonomischen Nöte, Kriege und der hysterischen Schreie in den Medien und sozialen Netzwerken #allesistschlecht (#всьопрпало). Ist das kein Grund für Optimismus?

Übersetzung aus dem Ukrainischen: Lina Pleines

Über den Autor

Olexiy Haran war der Gründungsdekan der Fakultät für Sozialwissenschaften (1991–1992) der Nationalen Universität Kiew-Mohyla-Akademie und ist dort derzeit Professor für Vergleichende Politikwissenschaft und Leiter der Schule für Politische Analyse. Er ist außerdem wissenschaftlicher Direktor der Stiftung »Demokratische Initiativen Ilko Kutscheriw«.

Lesetipp

Olexiy Haran (2021): Від Брежнєва до Зелєнського: дилєми українського політолога, Kiew: Stilos-Verlag / Friedrich-Naumann-Stiftung. Volltext online verfügbar unter: <https://dif.org.ua/article/oleksiy-garan-vid-brezhneva-do-zelenskogo-dilemi-ukrainskogo-politologa>

Tabelle 1: Welche Integration bevorzugen Sie?

	Mai 2013	Sept. 2014	Okt. 2017	Aug. 2018	Nov. 2019	Jan. 2021	Aug. 2021
EU	42 %	45 %	49 %	51 %	53 %	51 %	54 %
Eurasische Wirtschaftsunion	31 %	22 %	11 %	11 %	13 %	13 %	12 %
Keine	14 %	20 %	26 %	33 %	24 %	27 %	26 %

Anmerkung: An 100 % fehlende Antworten entfallen auf »schwer zu sagen« und keine Antwort.

Quelle: Repräsentative Meinungsumfragen der Stiftung »Demokratische Initiativen Ilko Kutscheriw«, https://dif.org.ua/article/shcho-perezhili-ukrainata-svit-u-2020-rotsi-y-chogo-nam-chehati-2021-go-politichni-y-ekonomichni-prognozi#_Toc59385790

Tabelle 2: Welcher Aussage stimmen Sie für die Ukraine eher zu?

	Mai 2004	Juni 2007	Okt. 2010	Mai 2013	Aug. 2016	Aug. 2021
Demokratie beste Regierungsform	41 %	43 %	47 %	48 %	54 %	54 %
Unter Umständen autoritäres Regime besser	23 %	22 %	19 %	23 %	20 %	20 %
Für Leute wie mich egal	18 %	18 %	16 %	17 %	15 %	17 %

Anmerkung: An 100 % fehlende Antworten entfallen auf »schwer zu sagen« und keine Antwort.

Quelle: Repräsentative Meinungsumfragen der Stiftung »Demokratische Initiativen Ilko Kutscheriw«, https://dif.org.ua/article/30-rokiv-nezalezhnosti-yaki-zdobutki-i-problemi-zrostannya-bachat-ukraintsi-y-na-shcho-spodivayutsya-u-maybutnomu_2

Tabelle 3: Sind Sie stolz Bürger der Ukraine zu sein?

	2002	2004	2006	2008	2010	2012	2014	2015	2016	2017	2021
Ja / eher ja	41 %	38 %	45 %	51 %	50 %	43 %	61 %	67 %	60 %	62 %	72 %
Nein / eher nein	18 %	25 %	20 %	19 %	19 %	22 %	11 %	14 %	16 %	17 %	19 %
Schwer zu sagen	41 %	38 %	35 %	31 %	31 %	35 %	28 %	19 %	24 %	21 %	9 %

Anmerkung: An 100 % fehlende Antworten entfallen auf »schwer zu sagen« und keine Antwort.

Quelle: Repräsentative Meinungsumfragen der Stiftung »Demokratische Initiativen Ilko Kutscheriw« gemeinsam mit dem Razumkov-Zentrum, https://dif.org.ua/article/30-rokiv-nezalezhnosti-yaki-zdobutki-i-problemi-zrostannya-bachat-ukraintsi-y-na-shcho-spodivayutsya-u-maybutnomu_2

Die Sprachen und die Politik

Von Anastasija Kostiučenko (Universität Greifswald)

Zum Language Regime der Ukraine

Seit dem Ende der Sowjetunion wird in der Ukraine eine explizite, offene und insofern für Außenstehende gut sichtbare Sprachpolitik betrieben. Sie ist ausschließlich auf den Erhalt und die Beplanung des Ukrainischen, das zur Staatssprache erhoben wurde, ausgerichtet. Man rechtfertigt die Politik mit dem Lauf der Geschichte, in der Ukrainisch jahrzehntelang unterdrückt wurde. Was die ›Wiederherstellung‹ ihrer Titularsprache und die Ausklammerung von Zwei- und Mehrsprachigkeit, welche auf gesellschaftlicher Ebene de facto bestehen, angeht, bildet die Ukraine keine Ausnahme im postsowjetischen Raum. So zeigen beispielsweise Heiko F. Marten und Sanita Lazdiņa in einem 2019 erschienenen Beitrag auf, dass eine Sprachpolitik, die einen »Reversal of Language Shift« zum Ziel hat, auch in Lettland seit der Wiedererlangung seiner Unabhängigkeit praktiziert wird. Mit Blick auf die dortige Sprachensituation kann auch die aktuelle Sprachpolitik der Ukraine im Wesentlichen als eine solche Reversing-Language-Shift-Politik bezeichnet werden.

Eine offene, gesetzliche Sprach(en)politik wird in der Regel von oben, d. h. durch staatliche Akteure, betrieben. Dem steht eine Politik von unten gegenüber, die von einer Sprechergemeinschaft, d. h. von ›den Betroffenen‹ selbst, ausgeht und für die insbesondere die Einstellungen der Menschen zu ihren Sprachen zentral sind. In der sprach(en)politischen Forschung besteht ein Konsens darüber, dass es erst dann zu einem harmonischen Miteinander kommen kann, wenn zwischen den beiden Ebenen der Sprach(en)politik kein Widerspruch mehr besteht. Andernfalls sind, das folgert notwendig aus diesen Einsichten, sprachenevozierte Konflikte vorprogrammiert – was im Falle der Ukraine mehr als deutlich ist.

So kam es 2012 im Zuge der Verabschiedung des Sprachgesetzes, das Serhij Kiwalow und Wadym Kolesnitschenko ins Parlament einbrachten, zu ukraineweiten Protestaktionen, die, wie die einflussreiche ukrainische Expertin für Soziolinguistik, Larysa Masenko, herausstellt, damals als Language-Maidan bezeichnet worden seien und die dann zum später weltweit bekannten Euro-Maidan geführt hätten. Daher ist es ein gängiges, länderübergreifendes Narrativ im wissenschaftlichen wie auch im medialen Diskurs, dass der Konflikt im Osten der Ukraine sprachliche Wurzeln hat. Denkbar aus der Sicht der Soziolinguistik ist im Falle der Ukraine aber auch eine diametral entgegengesetzte Wahrnehmung:

Erst durch den andauernden, bewaffneten Konflikt, der sich in einen Krieg zwischen der Ukraine und Russland verwandelt hat, wurde die Sprach(en)frage zu einem zentralen Politikum in der heutigen Ukraine.

Eine Neuorientierung in der Sprach(en) politik?

Das umstrittene Sprachgesetz von 2012 wurde im Jahre 2018 durch das ukrainische Verfassungsgericht aufgehoben. An seine Stelle trat 2019 ein neues Sprachgesetz, das »Über die Sicherstellung der Funktion des Ukrainischen als Staatssprache« heißt. Das Gesetz wurde von Präsident Petro Poroschenko kurz vor Ende seiner Amtszeit unterzeichnet und auf diese Weise gab er es als ›Erbe‹ an Wolodymyr Selenskyj weiter. Weil es im Einklang mit der Idee eines Reversing Language Shift steht, sieht das Gesetz eine Fülle von korpus- und statusplanerischen Maßnahmen für das Ukrainische vor. Seine sprachpuristische Ausrichtung erkennt man beispielsweise an der Regelung in §3 Abs. 6 Pkt. 1, authentisch ukrainische Wörter, Phrasen oder Begriffe anstelle von zwar geläufigen, aber nicht authentisch ukrainischen Wörtern in denjenigen Fällen zu verwenden, in denen es ukrainische Äquivalente gibt.

Es stellt sich die politisch vielleicht etwas provokative, wissenschaftlich jedoch sehr relevante Frage, inwiefern das neue Sprachgesetz durch diese und ähnliche Regelungen zur Harmonie im Staat beitragen und inwiefern es die beiden Ebenen der Sprach(en)politik miteinander in Einklang bringen wird. Einerseits sichert das neue Gesetz die Verwendung des Ukrainischen im öffentlichen Leben und insbesondere im Dienstleistungssektor ab und fungiert somit als Motor nationaler Identität und gesellschaftlicher Integration, andererseits bedeutet es im Detail eine restriktive Maßnahme, die – wie man aus den Erfahrungen des Baltikums im Umgang mit seinen Minderheiten weiß – die tatsächlichen Einstellungen der Gesamtbevölkerung zu ihren Sprachen und zum Prestige anderer Idiome unzureichend bis kaum berücksichtigt und zusätzlich neue Identitätsfragen für die Bevölkerung mit sich bringt. Es bedarf in der Folge des neuen Sprachgesetzes auf jeden Fall unabhängiger wissenschaftlicher, interdisziplinärer Studien, die seine Auswirkungen in den einzelnen Domänen genauer unter die Lupe nehmen, um populistischer Rhetorik vorzubeugen, die mit Blick auf aktuelle Ereignisse so viel Nährboden wie nie besitzt.

Über die Autorin

Dr. phil. Anastasija Kostiučenko ist Sprachwissenschaftlerin an den Instituten für Slawistik und Baltistik der Universität Greifswald. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen bei Sprach(en)politik, Mehrsprachigkeit und Sprachkontakt.

30 Jahre ukrainische Unabhängigkeit

Von David R. Marples (University of Alberta)

Politikmüde

Als die Ukraine vor 30 Jahren ein Referendum über ihre Unabhängigkeit abhielt, stimmten 90 % dafür. Selbst auf der Krim, und separat in der Stadt Sewastopol, stimmten 54 % bzw. 57 % mit ja. Heute, wo die Krim von Russland besetzt ist und der östliche Teil des Donbas unter der Kontrolle durch Russland unterstützter Kämpfer steht, findet sich die Ukraine in einer schwierigen Lage. Der Präsident, Wolodymyr Selenskyj, ist deutlich weniger beliebt als zum Zeitpunkt seiner Wahl 2019 und keine der Parteien im Parlament ist beliebt. Es gibt auch eine gewisse Apathie. Wie ein Ukrainer aus Cherson in sozialen Medien prägnant kommentierte: »Die Intensität des politischen Konfliktes ist stark zurückgegangen – alle sind einfach nur müde.«

Sie sind der politischen Umwälzungen müde, von denen sie seit der Unabhängigkeit zwei durchlebt haben: die Orange Revolution nach den umstrittenen Wahlergebnissen 2004, die Moskaus Favorit, Viktor Janukowitsch, vor seinem national-demokratischen Gegner Viktor Juschtschenko sahen, und den Maidan bzw. die Revolution der Würde, die mit Protesten gegen denselben Janukowitsch begann, als er sich Ende 2013 weigerte ein Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterschreiben und die im Februar 2014 mit dem Tod von etwa 100 Protestierenden durch Scharfschützen eskalierte, gefolgt vom frühzeitigen Abgang Janukowitschs – er floh aus Kiew und tauchte letztendlich in Russland wieder auf, dem Verlust der Krim und dem Krieg in der Ostukraine, der immer noch weitergeht.

Sie sind auch der reichen Oligarchen müde, die die Ukraine unter sich aufteilen und sie zu ihrem persönlichen Vorteil ausbeuten, während der Lebensstandard für die Mehrheit der Bevölkerung sinkt. Jeder Präsident hat sich mit ihrem wachsenden Einfluss beschäftigt und mit der überwältigenden Korruption, die Fortschritte verhindert. Bisher konnte kein Präsident auf eine stabile Mehrheit im Parlament zählen.

Die Ukraine sieht sich so mit Fragen konfrontiert, die 1991 nicht gelöst wurden. Kurz gesagt: Die Ukraine erhielt die Unabhängigkeit ohne große Vorbereitung und als Folge des Auseinanderbrechens der Sowjetunion im Zuge des gescheiterten Putsches in Moskau im August 1991 und der gezielten Kampagne des russischen Präsidenten Boris Jelzin zur Entmachtung seines sowjetischen Gegenparts Michael Gorbatschow.

Die Lage im Jahr 1991

1991 dominierten die Kommunisten noch das Parlament, aber sie waren zerstritten. Die Spaltungen waren schon zwei Jahre vorher nach dem Rücktritt und ver-

mutlichen Selbstmord des langjährigen Parteichefs Wolodymyr Schtscherbytskyj offensichtlich geworden. Sein Vertreter Wolodymyr Iwaschko entschied sich für Gorbatschow in Moskau zu arbeiten und trat schon nach einigen Monaten zurück. Sein Nachfolger, Stanislaw Hurenko, ein Hardliner wie Schtscherbytskyj, erhielt wenig Unterstützung und die Reformer im Parlament, angeführt vom früheren Parteisekretär für Ideologie, Leonid Krawtschuk, begannen eine Neuorientierung.

Alle großen Probleme, mit denen sich die Ukraine 2021 konfrontiert sieht, waren schon 30 Jahre früher sichtbar: Die Krim fiel unter den Einfluss separatistischer und pro-russischer Politiker; die Bergleute im Donbas waren frustriert nachdem ihre Streiks 1989 und 1990 erfolglos geblieben waren und einige Politiker verlangten mehr Autonomie für die Region; Russland erwies sich als schwierig. Jelzin war bereit mit der ukrainischen Führung zu kooperieren, um Gorbatschow und die Kommunistische Partei zu entmachten, aber die Frage einer unabhängigen Ukraine wurde vertagt. Zumindest erwartete Jelzin, dass die Ukraine ein vollwertiges Mitglied der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten werden würde.

In der Ukraine gab es keinen wirklichen Wandel in der politischen Führung. Nach der Erklärung der Unabhängigkeit am 24. August 1991 wurde die Ukraine immer noch von Kommunisten oder früheren Kommunisten regiert. Aufgrund der langen Tradition der Opposition, insbesondere in der Westukraine, hätte man erwarten können, dass die politische Elite jetzt aus denen bestehen würde, die unter dem sowjetischen Regime gelitten hatten: ehemalige politische Gefangene, Dissidenten, Deportierte. Aber am 01. Dezember 1991 wurde Krawtschuk in der ersten Runde mit 62 % der Stimmen zum Präsidenten gewählt, während der ehemalige Dissident Wjatscheslaw Tschornowil, der für die Ruch (Volksbewegung der Ukraine) kandidierte, mit 23 % deutlich abgeschlagen war. Ein weiterer Dissident, Lewko Lukanenko, Vorsitzender der Ukrainischen Republikanischen Partei, erhielt als Drittplatzierter gerade einmal 5 %. Spätere Wahlen wurden von Vertretern der alten Eliten aus Politik, Verwaltung und Management bestritten. 1999 kam der Vorsitzende der Kommunistischen Partei, Petro Symonenko, in die zweite Runde der Präsidentenwahl, wo er gegen Leonid Kutschma verlor, der in der Sowjetunion als Manager bis ins Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Ukraine aufgestiegen war.

Wirtschaftlich war die Ukraine 1991 eng mit den sowjetischen Partnern verbunden und sie war stark abhängig von russischen Energielieferungen. Im gesamten Jahr 1991 gab es in Kiew Sorgen vor einer russischen Intervention.

Es gab aber auch Optimismus, insbesondere außerhalb der Ukraine. Die Deutsche Bank zum Beispiel sah die Ukraine unter allen Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion als denjenigen mit dem größten wirtschaftlichen Wachstumspotential. Die zentrale Sorge der USA bezog sich auf die Atomwaffen auf ukrainischem Territorium. Die große ukrainische Diaspora in Kanada und den USA bot auf viele Weise Hilfe an: Forschungsprojekte, Rechtsreformen, Finanzberatung und vor allem kompetente Fachkräfte. Viele zogen damals in die Ukraine. Im Rückblick waren die Erwartungen und der Optimismus nicht nur naiv, sie zeigten ein fundamentales Missverständnis bezüglich des Charakters des Staates von 1991.

Kommunistisches Erbe

Die Ukraine wurde unabhängig, weil das Zentrum in Moskau kollabierte. Aber in den späten 1980er Jahren war es Moskau, in der Person des umtriebigen und regen Gorbatschow, das für die Ukrainische Sowjetrepublik, die im Würgegriff kommunistischer Hardliner steckte, die beste Chance auf Wandel bot. In der sowjetischen Führung hatten Männer, die in den Industrieregionen der Ukraine aufgewachsen waren und loyal zur Sowjetunion standen, für viele Jahre eine dominante Rolle gespielt – von Nikita Chruschtschow, der seine frühe Karriere weitestgehend in der Ukraine verbrachte, bis zu Leonid Breschnew, der bis 1982 die Geschicke der Sowjetunion bestimmte. In weiten Teilen der Ukraine blieb diese kommunistische Mentalität erhalten. 1991 war sie weiterhin dominant, was auch immer die Rhetorik von Politikern in Kiew oder Lwiw suggerierte. Sie konnte nicht über Nacht geändert werden.

Bei einer Tour auf dem Dnepr im Jahre 1991 – und sogar noch 2011 – würde das Boot irgendwann in einer Schleuse landen, die mit dem steigenden Wasser den Blick auf die größte Lenin-Statue der Welt in all ihrer Majestät freigeben würde. Selbst für den Nationaldichter Taras Schewtschenko gab es nichts in ähnlicher Größe. Die großen Industriestädte im Osten waren nach Kommunisten benannt worden: Woroschilowhrad (seit 1992 Luhansk), Dniprodzschynsk (seit 2016 Kamjanske), Dnipropetrowsk (seit 2016 Dnipro) und früher Stalino, welches bereits Chruschtschow 1961 in Donezk umbenannte. Es ist deshalb wenig überraschend, dass die Kommunisten nach der Unabhängigkeit an der Macht blieben. Die informellen Clans von Donezk und Dnipropetrowsk kämpften in den 1990er Jahren um die politische Vorherrschaft: Pawel Lazarenko, Julia Timoschenko und Viktor Janukowitsch waren die bekanntesten Namen – sie übernahmen die Leitung der Regierung und das Präsidentenamt. Alle stiegen mit Hilfe ihrer Geschäftsverbindungen und Seilschaften auf.

Obwohl die Ukraine gut mit Bodenschätzen ausgestattet war und berühmt war für ihre Landwirtschaft,

waren die wirtschaftlichen Defizite unübersehbar. 1991 war der Anteil der Ukraine an der landwirtschaftlichen Produktion der Sowjetunion kleiner als ihr Anteil an der sowjetischen Bevölkerung. Die Kohleproduktion sank drastisch, da die leicht zugänglichen Vorkommen zunehmend erschöpft waren. Die Stahlwerke hatten dringenden Modernisierungsbedarf. Die Arbeiter waren protestfreudig. Es gab regelmäßige Streiks und die Umweltbewegung hatte nach der Tschernobyl-Katastrophe den Ausbau der Atomenergie verhindert. Ein Jahr vor der Unabhängigkeit verhängte die Regierung ein Moratorium für den Bau neuer Atomreaktoren. Das Erbe von Tschernobyl gewann mit der Dezentralisierung und der schwindenden Aufmerksamkeit Moskaus in der Ukraine an Bedeutung.

Selbstfindung

Letztendlich war es 1991 nie ganz klar, ob die ukrainische Bevölkerung genau wusste, wer sie war und wie sie eine neue Identität entwickeln würde. Die Hungersnot von 1933 war für Intellektuelle ein Thema, nach dem es Jahrzehnte zensiert worden war, aber die Erinnerungen wurden in den meisten Regionen nicht formuliert. Die großen Säuberungen unter Stalin wurden in den Medien diskutiert, aber wieder einmal war die Initiative von der Führung aus Moskau gekommen. Die Ukraine hatte eine ältere Geschichte: die Zeit der Kosaken, der große Hetman Bohdan Chmelnyzkyj, und Iwan Mazepa, aber es gab große Meinungsunterschiede und Narben bezüglich des Zweiten Weltkriegs, insbesondere in der Westukraine, wo es bittere Partisanenkämpfe gegen die sowjetische Herrschaft gegeben hatte. Das heroische sowjetische Narrativ der Roten Armee und der sowjetischen Partisanen war hingegen in den meisten anderen Regionen der Ukraine vorherrschend.

Die letzten 30 Jahre sind für die Ukraine nicht erinnerungswürdig gewesen. Sie haben Elend, Konflikte und Desillusion gebracht – in einer Umfrage erwog jeder Dritte die Emigration. Andererseits haben sie eine gewisse Einheit, mehr Klarheit über die nationale Identität und einen Wandel der Haltung gegenüber Russland (negativer) und dem Westen (positiver) gebracht. Anders als ihre direkten Nachbarn im Norden und Nordosten hält die Ukraine demokratische Wahlen ab, hat eine freiere Presse, und trotz einiger Ausrutscher hat sie ihren Platz auf der Weltbühne eingenommen. 30 Jahre sind die längste Zeit der Unabhängigkeit in der ukrainischen Geschichte. Das ist für sich genommen schon ein nicht zu vernachlässigendes Ergebnis, wie schon die Nationalhymne zeigt: »Noch ist die Ukraine nicht gestorben«.

Übersetzung aus dem Englischen: Heiko Pleines

Über den Autor

David R. Marples ist Professor an der Fakultät für Geschichte der Universität von Alberta in Kanada. Sein Forschungsschwerpunkt ist die osteuropäische Geschichte im 20. Jahrhundert.

Drei Jahrzehnte der ukrainischen Unabhängigkeit

Von Michail Minakow (Kennan Institute/Wilson Center, Washington)

Das Ende der Sowjetunion

Vor etwa 30 Jahren begann die letzte Phase der Auflösung der Sowjetunion. Der Putschversuch sowjetischer Konservativer brachte im August 1991 keinen Machtwechsel, aber er schaffte es, den Prozess zum Abschluss eines neuen Unionsvertrages zu zerstören. Obwohl die Mehrheit der Sowjetbürger im März 1991 eine »reformierte Union« unterstützt hatte (darunter 71 % derjenigen, die in der Ukraine lebten), begannen die Regierungen der Unionsrepubliken bereits Ende August 1991 mit Vorbereitungen für die Auflösung der Union.

Diese Vorbereitungen orientierten sich an sehr unterschiedlichen Ambitionen der jeweiligen Eliten. Einige Republiken wollten ihre Verhandlungsposition für einen neuen Unionsvertrag verbessern, andere erwogen durch eine national-kommunistische Agenda und eine Abgrenzung vom zu liberalen Moskau unter Boris Jelzin ihre Herrschaft zu sichern, wieder andere sahen wirklich eine Chance einen unabhängigen Nationalstaat zu schaffen. Diese Ziele zeigen sich in den Unabhängigkeitserklärungen, die von den Obersten Sowjets der Unionsrepubliken nach Jelzins Sieg über den Putsch verabschiedet wurden. Die ukrainische Unabhängigkeitserklärung, die am 24. August 1991 angenommen wurde, ist ein Beispiel für resultierende Kompromisse.

Aber die praktischen Schritte zur Auflösung der Sowjetunion und zur Schaffung eines neuen Staates – ein Prozess der kreativen Zerstörung – waren sichtbar in der Dekommunisierung von 1991–92. In der kurzen Zeit von Ende August bis Dezember 1991 wurde in der Ukraine die Kommunistische Partei aufgelöst, ihr Besitz enteignet und der KGB verboten, während Parteien- und Meinungsfreiheit eingeführt wurde. Alle Personen, die auf dem Gebiet der Ukrainischen Republik wohnten, erhielten die Staatsbürgerschaft des neu entstehenden unabhängigen Staates. Im Unterschied zu vielen anderen Sowjetrepubliken verhinderten diese Schritte einen Konflikt: die ukrainischen Nationalkommunisten und Nationaldemokraten waren sich einig über die Schaffung eines neuen Staates und es gab keine politische Kraft, die dieses Ziel in Frage stellte. Die Entscheidung der Eliten wurde in einem Referendum am 01. Dezember 1991 unterstützt.

Hoffnungen

Mittlerweile, 30 Jahre später, ist es nicht einfach angemessene Kriterien zu finden, um zu bewerten, was mit uns – den Bürgern der Ukraine – passiert ist. Wahrscheinlich lohnt es sich, den aktuellen Zustand mit den

Erwartungen derjenigen zu vergleichen, die 1991 einen neuen Staat schufen.

Diese Erwartungen sind kein absoluter Vergleichsmaßstab. 1991 war eine historische Zäsur – die nachhaltige historische Veränderung des kulturellen, sozialen, politischen und ökonomischen Lebens vieler Menschen in Osteuropa und Nord-Eurasien. Der Wandel wurde geleitet von Hoffnungen, die gleichermaßen geteilt wurden von Experten und Bevölkerung, externen Beobachtern und Menschen, die die Transformation selber durchlebten.

Ein Beispiel für entsprechendes Wunschdenken war der berühmte Bericht einer Expertengruppe unter Leitung von Jürgen Corbert im Auftrag der Deutschen Bank zur Bewertung der wirtschaftlichen Perspektiven der Sowjetrepubliken. Die Autoren formulierten 1990 eine Mischung aus beeindruckender Weitsicht und Blindheit gegenüber dem, was die post-kommunistische Zukunft bereithielt: Sie sahen die Auflösung der Sowjetunion vorher (S. 5), lagen aber völlig daneben, als sie der Ukraine die erfolgreichste Wirtschaftstransformation vorhersagten, wobei sie »das Niveau der wirtschaftlichen und kulturellen Standards Westeuropas erreichen werde« (S. 7). Die Schlussfolgerungen dieses Berichts wurden in der Unabhängigkeitskampagne in der Ukraine viel zitiert und passten zu den Erwartungen der ukrainischen Bevölkerung gegen Ende der Sowjetunion.

Die verschiedenen Hoffnungen des Jahres 1991 bezogen sich auf drei Entwicklungslinien der post-kommunistischen Transformation: Demokratisierung, marktwirtschaftliche Reformen und Europäisierung. Dementsprechend schlage ich vor das dreißigjährige Jubiläum der ukrainischen Unabhängigkeit für diese drei Entwicklungslinien zu bewerten.

Demokratisierung

Die post-sowjetische Demokratisierung beinhaltete die Schaffung eines Nationalstaates, ideologischen Pluralismus, Versammlungs- und Pressefreiheit, ein Mehrparteiensystem, freie und faire Wahlen und eine starke Zivilgesellschaft. Die dreißigjährige Demokratisierung sah Erfolge und Misserfolge, aber die Ukraine existiert eindeutig als voll anerkannter unabhängiger und souveräner Staat. Die Souveränität ist allerdings beschädigt durch die illegale Annexion der Krim und die fortwährende Existenz von Gebieten in der Ostukraine außerhalb der Kontrolle der ukrainischen Regierung sowie den andauernden militärischen Konflikt im Donbas.

Die Ukraine hat eines der freiesten politischen Regime unter den post-sowjetischen Staaten, aber weder in den Bewertungen von Freedom House noch in denen des Varieties of Democracy-Projektes wird die Ukraine als vollständige Demokratie eingestuft. Das Land schwankte vielmehr zwischen mehr und weniger freien hybriden politischen Regimen, mit den besten Phasen für liberale Demokratie in der ersten Hälfte der 1990er Jahre und von 2005 bis 2009. Die ungleichmäßige politische Entwicklung provozierte zwei tiefe politische Krisen – die Orange Revolution 2004 und den Euro-Maidan 2013–14 – in deren Verlauf die Existenz der Ukraine als ein Land gefährdet wurde. Trotz einer lebhaften Erfahrung der Meinungsfreiheit und Debatte in den letzten Jahrzehnten, hat die ukrainische Bevölkerung dieses Jahr beunruhigende Schritte des Staates gesehen, die zu dieser Erfahrung im Widerspruch stehen. Die demokratische Entwicklungslinie hat also eine gemischte Bilanz, in der Freiheit und ihr Gegenteil in einer andauernden politischen Transformation aufeinandertreffen. Ich bezweifle, dass wir den Traum eines freien ukrainischen Staates und einer offenen ukrainischen Gesellschaft bereits erfüllt haben.

Marktwirtschaftliche Reformen

Die post-sowjetische Wirtschaftsentwicklung der Ukraine wurde geleitet von den Zielen der Transformation zu einer freien Marktwirtschaft und wohlhabenden Gesellschaft. Im Zuge dieser Transformation haben wir einen dramatischen Wirtschaftseinbruch in den frühen 1990ern erlebt, Wirtschaftswachstum 2002–07 und instabile Stagnation in den restlichen Jahren. Der Privatisierungsprozess war am Anfang schnell, wurde aber dann von den neu aufkommenden Oligarchen gestoppt. Wie andere post-sowjetische Staaten musste die Ukraine Reichtum und Armut neu erfinden, was die wirtschaftlichen Grundlagen für instabile politische Verhältnisse und die Macht der Oligarchen schuf. Die Einführung der Marktwirtschaft, der Traum von 1991, ist nicht erfüllt worden und geht weiter: erst letztes Jahr hat die Ukraine endlich die Märkte im Energiesektor und für landwirtschaftliche Nutzflächen liberalisiert. Wirtschaftliche Freiheit – genau wie politische Freiheit – schwankte zwischen Extremen. Verzögerungen bei Wirtschaftsreformen, Dominanz der Oligarchen und der andauernde Krieg haben zur Folge, dass die Ukraine eines der ärmsten Länder in Europa bleibt. In dieser Hinsicht wären die Träumer von 1991 definitiv enttäuscht mit den Ergebnissen der ukrainischen Wirtschaftsentwicklung.

Europäisierung

Schlussendlich hat auch die Entwicklungslinie der Europäisierung viele Überraschungen gebracht. Der Traum

von Ost- und Westeuropäern 1989–91 eine gemeinsame kulturelle und soziale Region des Friedens und der Zusammenarbeit zu schaffen, war eine starke Motivation hinter der post-kommunistischen Transformation. Bedauerlicherweise ist dieser Traum nie wahr geworden: Heute ist Europa eine geopolitisch gespaltene Region mit einer wachsenden Zahl von Konflikten und Gegensätzen.

Im Unterschied zu ihren mitteleuropäischen und baltischen Nachbarn hat sich die Ukraine nicht immer an europäischer Integration orientiert. Eine Multi-Vektor-Außenpolitik war 1991–2004 und 2010–14 stärker (mit großem Einfluss Russlands), während eine an Europa (und den USA) orientierte Außenpolitik 2005–09 und nach 2014 dominierte (aber vor allem in Deklarationen dominierte). Der Ukraine gelang es, das 2017 abschließend ratifizierte Assoziierungsabkommen mit der EU abzuschließen, welches den Rahmen für einige Reformen bot. Heute sind ukrainische Politiker und Staatsvertreter im fortwährenden Dialog mit den EU-Mitgliedsstaaten. Die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen der EU und der Ukraine werden stärker. Die Sicherheit der Ukraine ist jetzt ein wichtiger Faktor für die Sicherheit der EU. Millionen ukrainischer Arbeitsmigranten sind mittlerweile Teil europäischer Gesellschaften und ihre finanziellen Rücküberweisungen unterstützen die ukrainische Wirtschaft. Allerdings wird die weitere Integration mit der EU durch politische und sozio-ökonomische Hindernisse auf beiden Seiten begrenzt. Während Europäisierung – in der Form von Kooperation und Integration mit der EU – ein wichtiger Entwicklungsschritt für die Ukraine bleibt, gibt es andere Prioritäten, die zu Einschränkungen oder sogar Widersprüchen führen, wie Fragen der nationalen Sicherheit in Kooperation mit den USA (z. B. im Falle der Nord-Stream-Pipeline), Handel mit arabischen Ländern oder der Türkei. Tatsächlich ist die Ukraine weit fortgeschritten auf dem Weg, ein Teil der europäischen politischen, wirtschaftlichen und Sicherheitsagenda zu werden; ich bin mir aber nicht ganz sicher, dass die Formen der ukrainischen Europäisierung den Absichten von 1991 entsprechen.

Epilog

2021 ist nicht das Ende der Geschichte der unabhängigen Ukraine. Ich hoffe, dass wir in der Zukunft mehr Frieden, Freiheit und Wohlstand in der Ukraine und in Europa insgesamt sehen werden. Aber meine Hoffnung ist in permanentem Konflikt mit dem Wissen, was aus den Hoffnungen der Gründungsväter und -mütter der Ukraine geworden ist.

Übersetzung aus dem Englischen: Heiko Pleines

Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Mykhailo Minakov ist Philosoph und Politikwissenschaftler. Zurzeit ist er Senior Advisor on Ukraine am Kennan Institute / Wilson International Centre for Scholars in Washington. Außerdem ist er Chefredakteur des »Ideology and Politics Journal«, des Blogs »Focus Ukraine« (hrsg. vom Kennan Institute) und der philosophischen Plattform [Koine.Community](#).

Lesetipps

- Jürgen Corbet et al. (1990): *The Soviet Union at the Crossroads: Facts and Figures on the Soviet Republics* (Frankfurt/M: Deutsche Bank).
- Mikhail Minakov u. a. (Hg.) (2021): *From "The Ukraine" to Ukraine. A Contemporary History, 1991–2021* (Stuttgart: ibidem-Verlag).
- Karl Schlögel (2015): *Entscheidung in Kiew. Ukrainische Lektionen* (München: Hanser Verlag).

30 Jahre danach: Der eskalierende und unversöhnliche Konflikt um die »totalitäre« Vergangenheit

Von Oksana Myshlovska (Universität Bern und Hochschulinstitut für internationale Studien und Entwicklung, Genf)

Dekommunisierung

Die Präambel des Gesetzes »Über die Verurteilung der totalitären Kommunistischen und National-Sozialistischen (Nazi) Regime in der Ukraine und das Verbot von Propaganda für ihre Symbole«, welches das ukrainische Parlament im April 2015 als Teil von vier Gesetzen zur Dekommunisierung verabschiedete, verweist auf etwa ein Dutzend internationaler Erklärungen von den Vereinten Nationen, dem Europarat, der OSZE oder dem Europaparlament, die die Verbrechen totalitärer Regime verurteilen. Im selben Monat veröffentlichte das Ukrainische Institut für die Nationale Erinnerung (UINM), die führende Institution hinter den Gesetzen zur Dekommunisierung, praktische Empfehlungen zur Bedeutung des Tages der Erinnerung und Versöhnung und des Tages des Sieges mit dem Ziel »im europäischen Geist der Erinnerung und Versöhnung« eine neue Tradition zu beginnen. Für das UINM bedeutete dies ein neues Verständnis des Großen Vaterländischen Krieges (d. h. des Zweiten Weltkrieges), die Überwindung sowjetischer historischer Mythen und einen ehrlichen Dialog über die komplexe Vergangenheit, einen Perspektivwechsel von der Geschichte der Kriegsführung, des massenhaften Heldentums und des »sowjetischen Patriotismus« zu einer Geschichte von Individuen und den Verzicht auf Kriegsfeierlichkeiten zugunsten von Gedenken. (UINM 2015)

Die Gesetze zur Dekommunisierung bezogen ihre Rechtfertigung aus einem breiten internationalen Konsens, der sich über die letzten Jahrzehnte unter den Begriffen »transitional justice (Vergangenheitsarbeit)« und »Umgang mit der Vergangenheit« entwickelt hat,

und der den selbst-kritischen Umgang mit den dunklen Seiten der nationalen Vergangenheit, den Fokus auf Menschenrechtsverletzungen durch Staaten und wiedergutmachende Gerechtigkeit für die Opfer staatlicher Gewalt umfasst. (Hayner 2011) Im europäischen Kontext beinhaltet dies auch die Annahme des Holocaust als negativen Gründungsmythos mit der Erinnerung an die Opfer. (Assmann 2013)

Während in der Ukraine ein kritischer »europäischer« Ansatz ein Überdenken der sowjetischen Vergangenheit erreichen sollte, wurde ein ganz anderer Maßstab angelegt, um die Vergangenheit zu bewerten, die als »wahrhaft ukrainisch« bezeichnet wurde. Ein weiteres Dekommunisierungsgesetz »Über den rechtlichen Status und die Ehrerweisung für die Kämpfer der ukrainischen Unabhängigkeit im 20. Jahrhundert« verordnete einen »ehrenden« Ansatz für Organisationen, die im Namen einer alternativen, als »wahrhaft ukrainisch« definierten Staatlichkeit gegen die Sowjetunion gekämpft hatten. Gleichzeitig stand die Förderung eines neuen Verständnisses der sowjetischen Vergangenheit im Widerspruch zu einer überwiegend positiven öffentlichen Wahrnehmung der Sowjetunion und einer entsprechend negativen Wahrnehmung der Dekommunisierung in der südlichen und östlichen Ukraine.

Zwei rivalisierende Erinnerungsgemeinschaften

Die Gesetze zur Dekommunisierung von 2015 sind nur die jüngste Episode in der Schlacht der nationalen ukrainischen Erinnerung über die Frage, wer zur ukrainischen politischen Gemeinschaft gehört. Die Schlacht

selber ist die Folge vergangener Konflikte und der politischen Gemeinschaften, die aus ihnen hervorgingen.

Von 1944 bis 1956 führten das sowjetische Regime und der nationalistische Untergrund in der Westukraine einen extrem brutalen Kampf – auf beiden Seiten mit massenhaften Verletzungen des Kriegsvölkerrechts, der Bekämpfung ziviler Ziele und ausgrenzenden, den Feind delegitimierenden Narrativen. Der Zweite Weltkrieg und die Nachkriegszeit führten in der Sowjetunion zur abschließenden Beseitigung »ausländischer Elemente« und zur Schaffung eines neuen Gründungsmythos auf Grundlage des Kampfes gegen den deutschen Angriff, der Zugehörigkeit und Ausschluss definierte. Im Unterschied zu den Säuberungen vor dem Krieg kam es während und nach dem Krieg auch zu Deportationen ganzer ethnische Gruppen, der Einführung einer dauerhaften Verbannung und der Unentschuldbarkeit von Verbrechen gegen das sowjetische Vaterland. (Weiner 2001) Über 180.000 Krimtataren und mehr als 200.000 Angehörige des nationalistischen Untergrundes mit ihren Unterstützern und Familienangehörigen wurden dauerhaft aus der sowjetischen Gemeinschaft ausgeschlossen.

Die Perestrojka erlaubte es dann unterdrückten Erinnerungen und radikalen politischen Visionen öffentlich sichtbar zu werden. Etliche zivilgesellschaftliche Organisationen und politische Parteien entstanden in der Westukraine in den frühen 1990er Jahren, die sich selbst als »national-patriotisch« bezeichneten und sich auf das Erbe des nationalistischen Untergrunds bezogen. Sie verlangten die Anerkennung des »nationalen Freiheitskampfes« der 1930er bis 1950er Jahre auf der nationalen Ebene, Dekommunisierung, ein Verbot der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPU), die Lustration sowjetischer Funktionäre, die an Repressionen beteiligt waren, und den Austritt der Ukraine aus allen Bündnissen mit Russland.

In Reaktion auf diese Forderungen radikalisierte sich die KPU und die mit ihr eng verbundene Organisation der Veteranen aus Krieg und Arbeit (OVU), die 1986 auf der Unionsebene und 1987 in der Ukraine mit dem Ziel gegründet wurde, als soziale Basis der Kommunistischen Partei zu dienen und die nach eigenen Angaben in der Ukraine etwa 10 Millionen Mitglieder hatte. KPU und OVU mobilisierten, um den sowjetischen Gründungsmythos zu bewahren. Die OVU gründete das Zentrum zur Verteidigung der Wahrheit über den Großen Vaterländischen Krieg und setzte sich für ein im April 2000 verabschiedetes Gesetz ein, das die »heilige Pflicht« des Staates festschrieb, eine respektvolle Haltung gegenüber dem Großen Vaterländischen Krieg und seinen Veteranen zu garantieren. 2005–06 schuf die OVU dann ein Anti-Faschistisches Komitee.

Die rivalisierenden Gemeinschaften gerieten so in einen eskalierenden Konflikt um die nationale Erinne-

rung, wobei sie den Staat zunehmend drängten, über Rechtsakte die Gegenseite zu delegitimieren und die eigene Wahrheit und die eigenen Helden zu schützen. Beide Seiten haben ihre identitätsschaffenden Narrative auf die Verbrechen der Gegenseite bezogen, um so deren Ausschluss aus der politischen Gemeinschaft zu legitimieren und eine »Pflicht zum Hass« anstelle von Vergebung kultiviert.

Institutionalisierung und Internationalisierung

Der Konflikt um die Erinnerung wurde weiter institutionalisiert und ausgeweitet, als 2004/05 die großen politischen Parteien begannen, sich mit rivalisierenden Erinnerungsgemeinschaften zu verbünden. Viktor Juschtschenko unterstützte die Forderungen der »national-patriotischen« Organisationen und die Partei der Regionen unter Viktor Janukowitsch übernahm die Agenda der KPU und ihrer sozialen Basis. Während der Präsidentschaft von Juschtschenko wurde 2006 das UINM gegründet – mit dem Auftrag die Verbrechen des sowjetischen Regimes und »die wahre Geschichte des ukrainischen Volkes«, die die Sowjetunion nicht umfasste, zu erforschen. Außerdem wurden eine Reihe von Rechtsakten verfasst, die die Verbrechen der kommunistischen Phase verurteilten und die »Kämpfer für die ukrainische Unabhängigkeit« ehrten. Die rivalisierende Erinnerungsgemeinschaft, die mit der Partei der Regionen kooperierte, schuf solche Organisationen wie die »Russischsprachige Ukraine« (2008) und das Anti-Faschistische Forum (2011), förderte die Veröffentlichung von Publikationen über die Verbrechen des nationalistischen Untergrunds und eine Reihe von Gesetzen auf der nationalen Ebene sowie auf der Krim und in südlichen und östlichen Regionen zur Verteidigung »der Wahrheit über den Großen Vaterländischen Krieg« und gegen die »Glorifizierung des Nazismus«.

Zusätzlich wurde der Konflikt internationalisiert. 2005 führte Russland in der UN-Vollversammlung eine jährliche Abstimmung für eine Resolution gegen die Glorifizierung des Nazismus ein, die sowohl die Gleichsetzung von Kämpfern der Anti-Hitler Koalition und Kollaborateuren mit dem Nationalsozialismus als Teilnehmer an nationalen Befreiungsbewegungen sowie die Entweihung oder Demontage von Denkmälern für Kämpfer gegen die Nazis verurteilte. Gleichzeitig brachten die mittelosteuropäischen Staaten in einer Reihe von internationalen Organisationen Erklärungen ein, die Kommunismus und Nationalsozialismus gleichsetzten und die Verbrechen totalitärer Regime verurteilten.

Resümee

Zum Zeitpunkt des dreißigsten Jahrestags des Auseinanderbrechens der Sowjetunion ist die Welt zuneh-

mend segmentiert und fragmentiert. Auf der nationalen und der internationalen Ebene sind parallele Welten entstanden, mit eigenen Rechtsakten die »das radikale Andere« verurteilen. Dies führt zu gegenseitiger Radikalisierung, Mobilisierung und bewaffneten Konflikten. Dieser kurze Beitrag möchte zeigen, dass dies ein fundamentales Versagen der internationalen und nationalen Institutionen darstellt, die als Ort des Dialogs und des Ausgleichs von Interessen und Erinnerungen dienen sollten.

In den frühen 1990er Jahren diente das ukrainische Parlament als die wichtigste Institution für einen Dialog, der die Annahme des einzigen auf Kompromissen basierenden Gesetzes zwischen den rivalisierenden Erinnerungsgemeinschaften ermöglichte. Seitdem funktioniert der Dialog nicht mehr, da die Gemeinschaften sich auf die Schaffung rivalisierender Institutionen und Rechtsakte konzentrierten.

Über die Autorin

Dr. Oksana Myshlovska arbeitet an der Dozentur Osteuropa der Universität Bern. Sie ist derzeit außerdem Gastlektorin für internationale Geschichte und Politik am Hochschulinstitut für internationale Studien und Entwicklung (IHEID) in Genf.

Im Text erwähnte Literatur

- Assmann, Aleida (2013): Europe's Divided Memory, in: Blacker, Uilleam, Aleksandr Etkind, and Julie Fedor (Hg.): Memory and Theory in Eastern Europe. New York: Palgrave Macmillan, S. 25–42.
- Hayner, Priscilla (2011): Unspeakable Truths: Transitional Justice and the Challenge of Truth Commissions. New York: Routledge.
- UINM (2015): »Pamyatayemo! Peremahayemo! Do Dnya pamyati ta pryrennya ta Dnya peremohy nad nacyzmozom u Druhiy svitoviy viyni«, 15 April, <https://uinp.gov.ua/informaciyni-materialy/vchytelyam/metodychni-rekomendaciyi/pamyatayemo-peremagayemo-do-dnya-pamyati-ta-pryrennya-ta-dnya-peremogy-nad-nacyzmozom-u-drugiy-svitoviy-viyni>
- Weiner, Amir (2001): Making Sense of War: The Second World War and the Fate of the Bolshevik Revolution. Princeton: Princeton University Press.

Das zentrale Prinzip der Radikalisierung war der exklusive Fokus auf die Verbrechen der rivalisierenden Erinnerungsgemeinschaft und die Verteidigung der eigenen Wahrheit. Hier liegt auch der Ausweg: Forschung und Vermittlungsprozesse, die übergreifend die Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen beider Seite in den Blick nehmen und das nationalistische und das sowjetische Modell der politischen Gemeinschaft mit ihrer »Pflicht zum Hass« in ihren historischen Kontext stellen. Das bedeutet, den kritischen »europäischen« Ansatz, der genutzt wurde um die Dekommunisierung zu legitimieren, auf alle Aspekte der Vergangenheit anzuwenden und Orte für einen Dialog zu stärken, der es erlaubt, übergreifende politische Gemeinschaften zu schaffen.

Übersetzung aus dem Englischen: Heiko Pleines

Dreißig Jahre Unabhängigkeit. Quo vadis, Ukraine?

Von Andrii Portnov (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder)

WissenschaftlerInnen, die sich mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion befassen, sind sich einig, dass das Beharren der ukrainischen Eliten auf der Unabhängigkeit ihrer Republik und die Unfähigkeit der russländischen Eliten, eine attraktive Alternative zur vollständigen Beherrschung durch Moskau zu bieten, zur Auflösung des »letzten europäischen Imperiums« geführt haben. (Ploky 2014) Darüber hinaus hat ein bekannter Vertreter des so genannten »nationaldemokratischen« Lagers, Taras Stezkiw, kürzlich zugegeben, dass die Entstehung einer unabhängigen Ukraine durch

einen Kompromiss zwischen den Nationaldemokraten und einem großen Teil der kommunistischen Nomenklatura ermöglicht wurde. Dieser Kompromiss machte einen vollständigen Elitenwechsel unmöglich, trug aber in hohem Maße zu einem friedlichen Charakter der postsowjetischen Transformation bei. Das bedeutet natürlich nicht, dass nur die Eliten geneigt waren, die Sowjetunion aufzulösen.

In der spätsowjetischen Ukraine sollte man die tiefe Enttäuschung großer Teile der Bevölkerung über die wirtschaftliche Lage (die Massenproteste der Bergarbei-

ter im Donbas sind nicht zu vergessen) und die hohen (weitgehend unrealistischen) Erwartungen an ein Wirtschaftswunder nach der Abschaffung des Planungszentrums in Moskau nicht übersehen. Die Relevanz nationaler, sprachlicher und religiöser Bewegungen (u. a. die Untergrundaktivitäten der seit 1946 offiziell verbotenen ukrainischen griechisch-katholischen Kirche) sowie das wachsende Bewusstsein für Umweltfragen (vor allem durch die Tschernobyl-Katastrophe 1986) spielten ebenfalls eine wichtige Rolle.

Die postsowjetische Ukraine stand also sofort vor immensen Problemen (u. a. ihr Status als Atommacht, Privatisierung und Reformen in der Bildungs- und Medienpolitik) und extrem hohen Erwartungen an schnelle Veränderungen. Es wurde auch recht schnell klar, dass die Vielfalt und der postsowjetische Pluralismus der ukrainischen Gesellschaft autoritäre politische Projekte schwierig, wenn nicht gar unmöglich machen. Im Gegensatz zu den Nachbarländern Russland und Belarus hat die postsowjetische Ukraine sowohl einen regelmäßigen Wechsel der politischen Führung durch Wahlen als auch wiederholte Interventionen von Massenprotestbewegungen in den politischen Prozess erlebt. Diese Bewegungen sind nach dem zentralen Platz in der ukrainischen Hauptstadt Kiew, auf dem sie sich entfalteten, als »Maidan« bekannt geworden. Sie alle führten zu schwerwiegenden Veränderungen in den höchsten Behörden und ließen gleichzeitig eine Reihe grundlegender gesellschaftlicher Bedürfnisse wie die systematische Bekämpfung der Korruption ungelöst.

Man könnte sagen, dass die postsowjetische Ukraine ihre Hoffnungen auf Reformen und Wohlstand allmählich auf die Perspektive der europäischen Integration setzte. Es ist wichtig, daran zu erinnern, dass die Orange Revolution 2004 buchstäblich ein paar Monate nach der Erweiterung der Europäischen Union um die geografischen Nachbarn der Ukraine aus dem ehemaligen Sowjetblock und den drei ehemaligen baltischen Sowjetrepubliken stattfand. Obwohl die pro-europäische und demokratische Rhetorik die wichtigste Komponente der Orangen Revolution war, erwies sich die

Europäische Union als unfähig, der Ukraine eine Beitrittsperspektive in Aussicht zu stellen, was die Motivation der ukrainischen Eliten, die notwendigen Reformen durchzuführen, erheblich minderte.

Die Euromaidan-Bewegung im Herbst 2013 wurde durch die Weigerung ausgelöst, das Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der EU zu unterzeichnen, und durch schwere Gewalt der Polizei gegen Studierenden, die dagegen protestierten. Die Demonstranten beriefen sich immer wieder auf das mythologisierte Bild von Europa als einem Raum der Rechtsstaatlichkeit, des wirtschaftlichen Wohlstands, der Menschenrechte, der Redefreiheit und der Freizügigkeit. Einige von ihnen starben mit EU-Flaggen in den Händen...

Dennoch scheint es, dass die Europäische Union als Ganzes sowie ihre größten Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, Frankreich und Italien, nie ernsthaft darüber nachgedacht haben, was die EU durch einen Verzicht auf die Ukraine verlieren könnte und inwieweit es wirklich wichtig ist, ein Land aufzunehmen, in dem die EU trotz ihrer zahlreichen internen Misserfolge und sogar des Brexit immer noch sehr positiv gesehen wird.

Wie ein befreundeter Journalist aus Dnipro einmal feststellte, haben sowohl der Euromaidan als auch Putins Reaktion darauf die westlichen Eliten vor Herausforderungen gestellt, deren Ausmaß das Verständnis dieser Eliten weit übersteigt. Auf die eine oder andere Weise hat »Europa« bisher seine positive Mythologie in der Ukraine aufrechterhalten. Trotz des offensichtlichen Fehlens einer durchdachten strategischen EU-Politik gegenüber der Ukraine hat die Union immer noch einen freundlichen Nachbarn, der nicht nur ein Exporteur von Agrarprodukten ist, sondern auch – wenn man so will – ein Laboratorium für kulturelle und politische Vielfalt, das sich erstaunlicherweise immer wieder als widerstandsfähiger gegenüber äußeren und inneren Bedrohungen erweist, als es verschiedenen Anhängern der Realpolitik scheint. Diese Vitalität der Ukraine an sich verdient eine anhaltende analytische Aufmerksamkeit und sogar eine besondere Art von Haltung, die ich als kritische Empathie bezeichnen möchte.

Über den Autor

Andrii Portnov ist Professor für »Entangled History of Ukraine« an der Europa-Universität Viadrina (Frankfurt/Oder).

Im Text erwähnte Literatur

Serhii Plokhyy: *The Last Empire. The Final Days of the Soviet Union*, New York 2014.

Unabhängig, aber sowjetisch?

Von Mykola Rjabtschuk (Ehrenpräsident des ukrainischen PEN-Clubs)

Der Austritt der Ukraine aus der UdSSR verlief extrem schnell, während der Austritt der UdSSR aus der Ukraine viel langsamer verlief.

Einleitung

Die Geschichte der unabhängigen Ukraine kann als großer Misserfolg bezeichnet werden – verglichen mit den viel erfolgreicherer baltischen und mittelosteuropäischen Ländern, aber auch als Erfolgsgeschichte – verglichen mit den meisten post-sowjetischen Republiken, die zunehmend in konsolidiertem Autoritarismus versinken.

Insgesamt schafften es die Ukrainer in den letzten dreißig Jahren, ihre Freiheit und Demokratie gegen zahlreiche autoritäre Zwänge und Versuchungen zu verteidigen und ihr Land zu einem der freiesten in Osteuropa zu machen, ganz zu schweigen vom hoffnungslosen post-sowjetischen Raum. Gleichzeitig haben sie aber keine effektiven neuen Institutionen geschaffen und Rechtsstaatlichkeit nicht gewährleistet, weshalb die Demokratie als solche »gezwungen« bleibt. Die Institutionen sind einerseits zu schwach, um ein autoritäres Regime aufzubauen, aber andererseits auch nicht in der Lage, eine stabile und nachhaltige Demokratie zu gewährleisten. Die Dominanz informeller Institutionen prägt die Entwicklung der Wirtschaft, das heißt ihre fehlende Entwicklung, das Ausmaß der Korruption und die allgemeine Anfälligkeit des gesamten Systems für interne und externe Schocks.

Historische Wurzeln

Die relativen Erfolge und eher offensichtlichen Misserfolge haben Gründe, die oft miteinander verbunden sind und zusammen die Entwicklung der Ukraine recht ambivalent beeinflussen. Als erster Grund kann die osteuropäische politische Kultur genannt werden, die in erster Linie vom adlig-republikanischen Königreich Polen-Litauen, aber teilweise auch von der konstitutionellen Habsburgermonarchie geerbt wurde – eine Kultur, in der die individuelle Freiheit viel wertvoller war als etwa im Moskauer Zarenreich und in der eine rein europäische Vorstellung von Vertragsbeziehungen zwischen Herrschern und Untertanen und damit der Beschränkung jeglicher absoluten Macht existierte. Andererseits war diese Kultur aber im polnisch-litauischen Königreich schwach institutionalisiert und machte so die Demokratie oft wehrlos gegenüber Anarchie oder führte umgekehrt zur Versuchung, mit »starker Hand« Ordnung zu schaffen.

Zweitens spielten gesplante Identitäten eine bedeutende (und auch ambivalente) Rolle für die politische

Entwicklung der Ukraine. Einerseits haben sie für einen gewissen ideologischen Pluralismus und politischen Wettbewerb gesorgt, der aufgrund des schwach entwickelten Parteiensystems ohne sie kaum möglich wäre. Andererseits haben sie die demokratische Konsolidierung in der Gesellschaft erheblich erschwert, da sie nicht nur demokratischen, pro-europäischen politischen Kräften, sondern auch autoritären, pro-russischen Kräften eine stabile, über ihre Identität konsolidierte Wählerschaft geboten haben.

Es ist klar, dass diese strukturellen, kulturellen und historischen Aspekte die Bedeutung konkreter Handlungen (oder der Untätigkeit) spezifischer politischer Akteure und der Gesellschaft insgesamt nicht verneinen und auch nicht in den Hintergrund drängen. In diesem Zusammenhang kommt es in der Ukraine häufig zu Diskussionen über die Frage, was passiert wäre, wenn der erste Präsident des Landes 1991 nicht der ehemalige Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, Leonid Krawtschuk, geworden wäre, sondern sein wichtigster Herausforderer – der Vertreter der demokratischen Opposition, ehemalige Menschenrechtsaktivist und politische Gefangene Wjatscheslaw Tschornowil.

Viele argumentieren, dass dies eine Katastrophe gewesen wäre, weil die zutiefst russifizierte und sowjetisierte Gesellschaft der Ukraine »ihren« Vaclav Havel oder Lech Wałęsa nicht akzeptiert hätte. Diese Aussage ist beachtenswert, aber auch rein spekulativ. Denn wenn Tschornowil die Wahlen tatsächlich gewonnen hätte, hätte dies ja gezeigt, dass die ukrainische Gesellschaft nicht mehr so sowjetisch gewesen wäre, dass sie ungefähr wie die tschechische oder polnische Bevölkerung oder zumindest insgesamt wie die westukrainische Bevölkerung gewesen wäre, die sowjetische Herrschaft nie wirklich angenommen hätte und ihre Werte und Diskurse nicht umfassend verinnerlicht hätte. Es ist unwahrscheinlich, dass ein ukrainischer Havel mit einer solchen Gesellschaft mehr Probleme gehabt hätte als mit einer tschechischen, polnischen oder litauischen Gesellschaft.

Die Lage 1991

Die ukrainische Gesellschaft war jedoch weitgehend unvorbereitet auf einen radikalen Wandel, einen entscheidenden Bruch mit dem sowjetischen Erbe und einen grundlegenden institutionellen Neustart des gesamten Systems. Deshalb stimmte am 1. Dezember 1991 nur ein Viertel der Wähler für Tschornowil und mehr als zwei Drittel für Krawtschuk. Am selben Tag

stimmten mehr als 90 % der Ukrainer für die nationale Unabhängigkeit, stellten sich diese Unabhängigkeit jedoch sehr unterschiedlich vor. Für Tschornowils Anhänger waren ideologische Motive ausschlaggebend – insbesondere die »Rückkehr nach Europa«, von dem die Ukraine ihrer Meinung nach künstlich abgegrenzt worden war. Für die Anhänger Krawtschuks waren wirtschaftliche Motive ausschlaggebend – ein naiver Glaube an wirtschaftlichen Wohlstand, der ohne das »erpresserische« Moskau bald kommen würde; ausschlaggebend war für viele auch die alte sowjetische Tradition, nicht gegen den Strom zu schwimmen und den Status quo zu stärken.

So hatten im März 1991 im sowjetischen Referendum mehr als zwei Drittel für den Erhalt der »erneuerten Sowjetunion« gestimmt – genau so viele wie später für Krawtschuk. Ebenso stimmte im März 1991 ein Viertel der Ukrainer (hauptsächlich im Westen und in der Hauptstadt) gegen die »erneuerte Union« – was dem Stimmenanteil entspricht, den Tschornowil im Dezember erhielt.

Spaltung

Die folgende Geschichte der Ukraine ist eine Geschichte der Koexistenz zweier weitgehend unvereinbarer ideologischer, politischer, kultureller und geopolitischer Projekte. Dies sind natürlich reine Abstraktionen, Webers »Idealtypen«, die in der Praxis verschiedene, manchmal hybride Formen annehmen, die es in der Tat nicht erlauben, weder geographisch noch sprachlich oder ethnokulturell eine klare Grenze zwischen den »zwei Ukrainen« zu ziehen. Das Engagement für diese Projekte korreliert eindeutig mit Regionen, Sprache und ethnischer Zugehörigkeit, aber auch mit Alter, Bildung und subjektivem Wohlbefinden der Bürger. In allen Fällen handelt es sich nur um einen aufzeigbaren Zusammenhang, aber keineswegs um eine starre Kausalität, wie dies in wirklich gespaltenen Gesellschaften wie der bosnischen oder der mazedonischen der Fall ist.

Über den Autor

Mykola Rjabtschuk (Riabchuk), Schriftsteller und Publizist, ist Ehrenpräsident des ukrainischen PEN-Clubs und Vorsitzender der Jury des internationalen Preises »Angelus«. Er ist Autor vieler Bücher, von denen fünf in Polen, je eines in Deutschland, Frankreich, Serbien und Ungarn übersetzt wurden. Zu den jüngsten Arbeiten zählen die englischsprachige Monographie »Eastern Europe since 1989: between loosened authoritarianism and unconsolidated democracy« (2020), die englischsprachige Essaysammlung »At the Fence of Metternich's Garden« (2021) und die ukrainischsprachige Essaysammlung »Лексикон націоналіста« (2021).

Nicht nur die Art der Spaltung, sondern auch die Dynamik der Veränderung ist in solchen Situationen wichtig. In der Ukraine ist sie geprägt von der allmählichen Verbreitung pro-europäischer Werte und Orientierungen und der Stärkung pro-ukrainischer Präferenzen. Von den drei wichtigsten sprachlichen und ethnischen Gruppen in der Ukraine (ukrainisch-sprachige ethnische Ukrainer, russisch-sprachige ethnische Ukrainer und ethnische Russen) befürwortete 2001 nur eine Mehrheit die nationale Unabhängigkeit, nämlich die ukrainisch-sprachige (mit 60 % zu 16 %), während die russisch-sprachigen Ukrainer (43 % zu 30 %) und die ethnischen Russen (25 % zu 45 %) sich eher ablehnend äußerten. 2019 hingegen erklärten alle drei Gruppen mehrheitlich (mit 89 %, 78 % bzw. 75 %) ihre Unterstützung für die nationale Unabhängigkeit. Die Bürger der Ukraine unterscheiden sich nach wie vor in ihren Präferenzen. Aber die Tendenz zur nationalen Konsolidierung ist in allen sprachlichen und ethnischen Gruppen offensichtlich.

Wichtig für die zukünftige Entwicklung sind auch die allmähliche Entwicklung von Sozialkapital in der Gesellschaft und das politische Engagement der Mittelschicht, die bei den ukrainischen Revolutionen 2004 und 2014 eine entscheidende Rolle spielte.

Epilog

Zugegebenermaßen ist das ukrainische »Glas« derzeit halb leer. Aber wir müssen uns daran erinnern, dass es vor 30 Jahren nur zu einem Viertel gefüllt war. Eine engagierte, leidenschaftliche Minderheit hat nach und nach das Land verändert und verändert es auch weiter – trotz der Trägheit der passiven Mehrheit. Die erreichten Veränderungen sind natürlich kein Grund zum Triumph, aber sie sind Grund genug für gemäßigten Optimismus und ein genaueres Studium der ukrainischen Erfahrungen und Perspektiven.

Übersetzung aus dem Ukrainischen: Lina Pleines

Ukraine – Jetzt mit To-do-Liste die Zukunft angehen!

Von Gibfried Schenk (Universität Erlangen-Nürnberg)

Welch ein Schritt, der die Ukraine im August 1991 in Atem hielt. Das Parlament erklärte die Unabhängigkeit des Landes. Über 90 % der Bevölkerung bestätigten dies in einem Referendum.

Kann dieses Land 30 Jahre danach optimistisch in die Zukunft blicken? Ja, unbedingt! Der wichtigste Grund: Unabhängig von politischen Konstellationen gehören wachsame Zivilgesellschaft, inklusiv-vielfältiges Engagement von Bürgern unterschiedlichen Alters und Geschlechts, freie kritische Medien und gesunder Patriotismus inzwischen zum Erscheinungsbild der ukrainischen Gesellschaft. Emanzipierte, demokratische und politisch progressive Gruppen, mutige Lokalpolitiker und Journalisten stören zunehmend die Korruptionsmechanismen oligarchischer Eliten.

Ein starker Grund für Optimismus ist das Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der Europäischen Union vom 21. März 2014, ein Abkommen, für dessen Abschluss der zentrale »Platz der Unabhängigkeit« (Majdan) in Kiew seit zum Kampfplatz wurde. Mit ihm verbinden sich Ereignisse, die ihn letztendlich vom »Majdan als Platz« zum weltweit bekannten »Majdan als Erinnerungsort« werden ließen: 1990 die »Revolution auf dem Granit«, bei der eine Studentenrevolte der ukrainischen Gesellschaft entscheidende Impulse zur Staatsbildung gab, 2000 das Aufbegehren gegen den damaligen Präsidenten unter dem Slogan »Zone ohne Kutschma« nach der Ermordung des Journalisten Heorhij Gongadze, 2004/05 die »Orange Revolution« gegen eine gestohlene Präsidentenwahl und schließlich 2013/14 die »Revolution der Würde« (Euro-Maidan) als Protest gegen die »plötzliche« Weigerung des Staatsoberhauptes, das Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen.

Optimistisch stimmt heute die erstarkte Verteidigungsbereitschaft der Ukraine, denn während der Annexion der Krim und der Quasi-Abtrennung von Teilen des Donbass war der Zustand der Armee katastrophal. 2008 eröffnete ein Membership Action Plan dem Land die Perspektiven eines NATO-Beitritts.

Im Trend bietet auch die ukrainische Wirtschaft Optimismus. Sie wird effizienter. Ein Beispiel: Die durch das International Food Policy Research Institute errechnete »totale Faktorenproduktivität« der ukrainischen Agrarwirtschaft, d. h. das Verhältnis von Produktionsvolumen zum Ressourceneinsatz, stieg von 82 (1991) über 100 (2005) auf beträchtliche 148 (2016). Fundamentale Veränderungen in der Bodengesetzgebung werden das Wachstum beschleunigen.

Das Entscheidende zur Sicherung ihrer optimistischen Zukunft werden die Ukrainer selbst beitragen müssen. Dabei gibt es gute Anfänge, wie kürzlich bei der Fußballeuropameisterschaft, aber noch viel Luft nach oben. Auch außerhalb des Sports sollte sich die Ukraine offensiver im Ausland präsentieren. Möglichkeiten gibt es viele. Publikumsmessen wie die Internationale Grüne Woche in Berlin sind ein Beispiel.

Natürlich wäre es naiv, Schwierigkeiten, Hindernisse und Widersprüche vor der die Ukraine heute steht, zu übersehen oder nicht ernst zu nehmen.

Starke Auseinandersetzungen finden auf dem Gebiet der Erinnerungskultur und Geschichtspolitik statt. Ukrainische Historiker verschiedenster Couleur analysierten schon in der Endphase der Sowjetrepublik die schwierigen Jahre des Stalinismus und fingen an, »weiße Flecken« ihrer Geschichte zu beseitigen. Es fiel diesen Wissenschaftlern offenbar leicht, Formeln, Stereotype und kulturelle Muster der Vergangenheit zu erkennen und zu analysieren. So schien es, dass die professionelle ukrainische Historiografie und mit ihr viele nun frei denkende Bürger den klassischen ethnozentrischen Kanon überwinden können.

Das gelang zumindest so lange, bis Teile der Gesellschaft Geschichtspolitik wieder verstärkt als Machtinstrument einsetzten und versuchten, diesen überkommenen Kanon in die Zukunft zu reproduzieren. So verkürzte der ehemalige Präsident seinen Wahlkampf 2019 auf die drei Begriffe »Armee – Sprache – Glaube«. Das staatliche Ukrainische Institut für Nationale Erinnerung »entLENIN-isierte« mit einer exklusiv-einseitigen »Entkommunisierung«-Gesetzgebung den öffentlichen Raum, führte das Land in eine Kampagne der massenhaften Umbenennung von Straßen und sonstigen öffentlichen Räumen, versuchte der Gesellschaft das vereinfachte Narrativ einer sprachlich und kulturell homogenen ukrainischen Ethnie aufzuoktroyieren. Mit der weit über das Umstürzen von Denkmälern kommunistischer Führer hinausgehenden, gesetzlich verordneten Demontage überkommener Symbolik wurde die Ansicht des öffentlichen Raums häufig derart modifiziert, dass er sich in einem geschichtspolitisch ambivalenten Zustand wiederfand: alternativlos, irreversibel und vielfach auch gegen den ausdrücklichen Willen der Bevölkerung.

Bei einer kritischen Analyse aktueller Erinnerungskultur dürfen jedoch bestehende inklusive Ansätze nicht unterschätzt werden. Beispiele dafür, wie eine kontrovers durchlebte schwierige Vergangenheit zur Basis einer gemeinsamen Gegenwart werden kann, sind der Umgang mit der Geschichte der Krimtataren, die

Errichtung des zentralen Museums der »Revolution der Würde« und Fortschritte in der Gestaltung der Kiewer Holocaust-Gedenkstätte Babyn Jar.

Starke oligarchische Strukturen, große soziale Ungleichheit, ein – besonders in Pandemiezeiten – nicht belastbares Gesundheitssystem und vor allem ein durch Russland aufgezwungener Krieg mit mehr als 13.000 Toten, dem Verlust der Krim und Teilen des Donbass, belasten heute das Leben vieler Ukrainer. Trotz Abgabe sämtlicher Atomwaffen und internationaler Garantien der territorialen Integrität des Landes im Budapester Memorandum von 1994 und trotz des Minsker Prozesses entwickelte sich ein längerfristig eingefrorener Konflikt.

Es genügt heute nicht, Optimismus für die Zukunft der Ukraine nur aus dem Blick in das Land zu erwarten. Auch die EU und die transatlantische Wertegemeinschaft haben das Ihrige dazu beizutragen. Die Ukraine hat die historische Chance, sich als demokratisches Mitglied dieser Gemeinschaft zu behaupten. Für ihre Bürger muss es sich lohnen, sich für eine weltoffene demokratische Gesellschaft zu engagieren. Die Visafreiheit für Ukrainer in der EU ist hier ein wichtiges Signal der Anerkennung. Intensivierung des Wissenschafts- und Studentenaustausches, von Handel und Wirtschaftskooperation sind weitere Faktoren.

Für den Erfolg der Ukraine braucht es eine westliche Strategie, die langfristig ausgerichtet ist und sich

nicht in Luft auflöst, wie in Afghanistan: eine Strategie, die weiter denkt als an Nord Stream 2; die den Unabhängigkeitswillen der Ukrainer als Emanzipation von der »Russischen Welt« (Russkij Mir) wirklich anerkennt – und nicht als Zerstörungsakt einer zu Sowjetzeiten erfolgreichen deutschen Ostpolitik missversteht oder, wie der russische Präsident Wladimir Putin kürzlich, als westlich gesteuertes »Anti-Russland-Projekt« diskreditiert. Es braucht eine Strategie, die die Ukrainer auf allen Ebenen, im staatlichen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und besonders auch im privaten Austausch, in ihrem Diskurs um ein historisch plurales Geschichtsbild unterstützt: sensibler als zum Beispiel bei der Wahl des Deutsch-Russischen Museums für die Gedenkveranstaltung zum Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg, und konsequent, wie beim Umgang mit bedauerlichen Angriffen einzelner ukrainischer Politiker auf die Unabhängigkeit der gemeinsamen Deutsch-Ukrainischen Historikerkommission.

Riesengroß sind die Herausforderungen für die Ukraine, für die sie nach vorne tragenden Menschen und Institutionen. Man kann und darf deshalb dieses Land nicht alleine lassen. Es braucht Ermutigung und Begleitung. In einer Art »To-do-Liste« sollte der Westen definieren, welche Verantwortung er trägt und welche Schritte er mit der Ukraine zu gehen bereit ist.

Über den Autor

Dr. habil. Gibfried Schenk studierte Agrarwissenschaften an der Nationalen Agraruniversität in Kiew (Dipl.-Agr.-Ing. 1977), Kulturgeographie (B.A. 2016) und Geschichte (M.A. 2019) an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

Seine Arbeit »Zwischen Sowjetnostalgie und »Entkommunisierung«. Postsowjetische Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in der Ukraine« ist online verfügbar unter <https://doi.org/10.25593/978-3-96147-339-7>

Gibfried Schenk war tätig als Phytopathologe in der Kulturpflanzenzüchtung, im nationalen und internationalen Management der Pflanzenschutzindustrie, u. a. in der Ukraine, Belarus und der Tschechischen Republik, in der Agrarkommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sowie als freiberuflicher Unternehmensberater. Aktuell beschäftigt er sich mit der Agrargeschichte der Ukraine.

Welche Bedeutung hat das Ende der Sowjetunion für die heutige Ukraine?

Von Irina Starovoyt (Ukrainische Katholische Universität, Lviv)

Suche und Krise

Mit der Auflösung der Sowjetunion 1991 war für die Ukraine noch kein Platz in der Welt reserviert. Dem Land fehlten eine klare politische Vision und ein Plan für den inneren Wandel. Wir, die postsowjetischen Ukrainer, mussten eine Realität ausfüllen, zu der wir nicht gehörten und deren Regeln wir – ehrlich gesagt – nicht ganz verstanden

hatten. Wir besaßen schon seit der Zeit der Sowjetunion Mitgliedschaft und Stimmrecht bei der UNO, aber kein einziges Flugzeug flog aus Kiew direkt ins Ausland, sondern nur über Moskau. In Moskau wurden alle wichtigen Entscheidungen in Bezug auf die sowjetische Ukraine getroffen.

Die Unabhängigkeit traf 1991 so auf drei unvereinbare Gemeinschaften ukrainischer Bürger: sowjetische,

anti-sowjetische und nicht-sowjetische. Die sowjetische Gemeinschaft, die möglichst wenig Veränderungen wollte, war damals offensichtlich in der Mehrheit. Die anti-sowjetische Gemeinschaft war eine Minderheit, etwa ein Viertel der Bevölkerung, entsprechend dem Wahlergebnis von Wjatscheslaw Tschornowil bei der ersten Präsidentenwahl. Dann gab es noch diejenigen, die als nicht-sowjetisch einzustufen waren (ohne direkt anti-sowjetisch zu sein), und ihr Anteil wuchs nach der Unabhängigkeit schnell.

Die Unabhängigkeitseuphorie war schnell verfliegen. Die Planwirtschaft brach bereits vor der Sowjetunion zusammen, aber die schockierenden Marktformen und die plötzliche Massenarbeitslosigkeit der ersten Jahre der Unabhängigkeit brachten die Menschen an ihre Grenzen. Aufgrund der niedrigen Lebensqualität, der unzulänglichen medizinischen Versorgung und der Wirtschaftsmigration sank die Bevölkerungszahl der Ukraine noch vor dem Beginn der direkten russischen Aggression um mehrere Millionen. Die europäische Integration der Ukrainer fand »über den Hinterhof« statt: viele von uns sind ausgewandert für unqualifizierte Jobs und oft für Schwarzarbeit, also ohne soziale Absicherung.

Gesellschaft im Wandel

In der Ukraine gab es keine vollständige Restauration des KGB, keine systematischen Einschränkungen der Freiheiten und keine Festigung des Autoritarismus wie in Russland oder Belarus und keine aggressive Konsolidierung der Rechtspopulisten wie in Ungarn oder Polen. Stattdessen wurde die ukrainische Wirtschaft von Oligarchen übernommen und es dominierte die Korruption. Die Fragen fundamentaler Werte, der Identität und sogar der nationalen Subjektivität waren für die neuen ukrainischen Eliten von geringem Interesse oder unverständlich. Der Zynismus der Neureichen überwand schnell den Idealismus ehemaliger Dissidenten oder studentischer Unabhängigkeitskämpfer. Es gab keine Lustration in den staatlichen Behörden. Weder Beamte noch die post-kommunistische Elite, weder Richter noch Grenzbeamte wurden nach der Herkunft ihrer oft grotesk großen Vermögen gefragt.

Nach 30 Jahren müssen wir unsere Fehler und Niederlagen ehrlich eingestehen, die nicht so einfach auf das Erbe der UdSSR zurückzuführen sind: die Symbiose von Politik und Großunternehmen, die soziale Ungleichheit, verpasste Chancen auf Reformen, Schattenwirtschaft und Steuerhinterziehung, geringe Effizienz staatlicher Unternehmen, fehlender Rechtsstaat, der Verlust eines Teils des staatlichen Territoriums mit ungelösten Problemen der Zivilbevölkerung in den Frontzonen und der einhalb Millionen Binnenflüchtlinge. Schließlich dauert der Krieg mit all seinen Verlusten und Bedrohungen noch an.

Die Ukraine verändert sich und reift langsamer, als es ihren Freunden lieb ist, aber viel schneller, als ihre Feinde es wollen. Nachdem wir die Sowjetunion verlassen und ihre Existenz beendet hatten, haben wir im Laufe der Jahrzehnte eine politische Nation gebildet, die in der Lage ist, ihre Freiheit, Würde und zivilisierte Wahl zu verteidigen.

So kommen die Ukrainer gut mit der Demokratie zurecht, sind politisch und sozial aktiv und betrachten trotz aller Konflikte und trotz des Krieges die Demokratie als eine echte Errungenschaft der Unabhängigkeit. In 30 Jahren haben wir sechs Präsidenten gewählt, neun Parlamentswahlen abgehalten und 21 Ministerpräsidenten überlebt.

Wir haben die Institution des Privateigentums und den Respekt dafür wiederhergestellt. Wir haben mittelständische und kleine Privatunternehmen, ein geordnetes und modernisiertes Finanzsystem, gefragtes Unternehmertum und Einfallsreichtum erworben – es gibt einen schnell wachsenden Sektor innovativer Unternehmen einschließlich der IT. Es gibt immer mehr junge Menschen, die an den besten Universitäten der Welt studieren und in die Ukraine zurückkehren – 1991 gab es so etwas in der Ukraine überhaupt nicht.

Ein Nebeneffekt all dieser Prozesse war das Aufblühen der Kultur ohne Druck und Zensur sowie die Entwicklung einer Kulturpolitik und die Entstehung von Institutionen, die sie unterstützen. Es reicht aus, verschiedene Bewertungen von Nachwuchskünstlern zu lesen, um zu sehen, wie globalisiert und erfolgreich die ukrainische Jugend in den letzten Jahren geworden ist. Hierfür gibt es auch Unterstützung. So hat das Ukrainische Buchinstitut beispielsweise das Übersetzungsprogramm »Translate Ukraine« ins Leben gerufen, das Verlagen die Kosten für die Übersetzung und Veröffentlichung eines ukrainischen Buches in einer Fremdsprache erstattet. Das Ukrainische Institut hat in Partnerschaft mit PEN Ukraine den ersten Drahoman-Preis für die Übersetzung eines Buches aus dem Ukrainischen an die deutsche Übersetzerin Claudia Dathe verliehen. Dies ist ein wirksames Instrument zur Unterstützung des kulturellen Dialogs und des Eintritts ukrainischer Autoren in den Mainstream.

Historische Narrative

Die Ukraine ist ein Land, in dem historische Narrative geschickt manipuliert wurden, um die Gesellschaft zu polarisieren und zu spalten. Die Debatte um den Holocaust, der von der sowjetischen Regierung organisierten Großen Hungersnot von 1932–33, und die Kontroverse um die zweifache Besetzung der Ukraine während des Zweiten Weltkriegs wurden von Nostalgie für die Sowjetunion begleitet, wo Gagarin ins All flog und die Eiscreme die leckerste war. Doch in den sowjeti-

schen Schulen stand nicht auf dem Lehrplan und im Fernsehen wurde nicht gezeigt, dass der Konstrukteur der Rakete, mit der Gagarin erfolgreich abhob, Sergei Koroljow, ein politischer Gefangener war, dass es einen Eisernen Vorhang und den Gulag gab, dass die sowjetische Armee in Ungarn und der Tschechoslowakei einmarschierte, um populäre Reformen zu unterbinden und sogar in der Zeit von Glasnost wurde zuerst versucht, die Tragödie von Tschernobyl zu verschweigen. So standen sich verschiedene historische Narrative und verschiedene gesellschaftliche Gruppen in der post-sowjetischen Ukraine feindlich gegenüber.

Nicht nur Zynismus, sondern auch Zweisprachigkeit, religiöse Vielfalt, extreme soziale Ungleichheit und die unausgesprochenen Erinnerungen an die Täter und Opfer des gewalttätigen 20. Jahrhunderts haben der verarmten und enttäuschten Ukraine wenig Chancen auf ein gemeinsames Narrativ und ein Zukunftsbild gelassen. Alles hier ist kompliziert und erfordert einen langen, inner-ukrainischen Dialog. Aber eins ist klar, falls Ukrainer Russen oder Bürger von Neu-Russland (Noworossija) hätten sein wollen, dann wären sie in diesen 30 Jahren welche geworden.

Als die Erinnerungskriege von einer kognitiven Metapher zur Realität wurden, die zur Annexion der Krim und zum bewaffneten Konflikt im Donbas führten, konnten die Ukrainer in den meisten Teilen des Landes den Diskurs doch noch auf eine andere Ebene heben. Die starke politische Konfrontation zwischen den pro-russischen und pro-europäischen Narrativen im Allgemeinen wurde nach 2014 zugunsten europäischer Werte, Lebensstile und Arbeit sowie universeller Menschenrechte gelöst. Gleichzeitig wurden in Russland – gefördert durch die politische Führung – Sowjet-Nostalgie, imperialer Mythos und der Glaube an einen »besonderen Weg« immer stärker. Diese Agenda erhält in der Ukraine bei freien Wahlen etwa 10–12 %

Über die Autorin

Irina Starovoyt ist Poetin, Essayistin und assoziierte Professorin für Kulturelle Studien an der Ukrainischen Katholischen Universität in Lwiv.

Zum 30. Jahrestag der ukrainischen Unabhängigkeit

Von Jewgenij Zacharow (Charkiwer Organisation für Menschenrechte)

Der 24. August 1991 fühlt sich wie ein Feiertag an (obwohl es sinnvoller wäre den 1. Dezember zum Unabhängigkeitstag zu erklären). Es geschah das, wovon viele Generationen von Ukrainern geträumt hatten. Hunderttausende Ukrainer starben im 20. Jahr-

der Stimmen. Diese Wähler sind gegen die Staatlichkeit der Ukraine eingestellt, sie wollen in die UdSSR zurückkehren oder – besser gesagt – die eigene Jugend zurückbekommen. Ihr Anteil wird jedoch immer kleiner.

In der ukrainischen Gesellschaft entstand so nach 2014 ein breiter Konsens über die Sowjetunion als repressives System und Stalin als »effektiven Manager« von kollektivem Leiden, Zwangsarbeitslagern und Massenrepression – auch wenn bekannt ist, dass Ukrainer aktiv beim Ausbau der UdSSR mitgewirkt haben, als Soldaten der Roten Armee und als prominente Parteiführer nach dem Krieg. Wir verstehen jetzt, dass der Staat für seine Tätigkeit dem Volk gegenüber rechenschaftspflichtig ist. Es gilt aber weiterhin was Patriarch Josyph Slipyj über Flüchtlinge und ehemalige politische Gefangene aus der UdSSR sagte: »Wir alle haben die UdSSR verlassen, aber die UdSSR hat uns nicht verlassen.«

So bedeutet die vom ukrainischen Parlament im Jahr 2015 beschlossene Politik der Dekommunisierung nicht nur die Umbenennung von Städten, Dörfern und Straßen, die Demontage von Denkmälern des totalitären Regimes durch lokale Gemeinschaften sowie den freien Zugang zu Archiven kommunistischer Verbrechen. Dies ist der Beginn eines langen Bemühens, die abscheulichsten Symbole der damaligen Zeit und der totalitären Praktiken an allen Orten, wo der Staat mit den Bürgern interagiert, endlich loszuwerden: in Bildung, Gesundheitswesen, Kinderbetreuung, Selbstverwaltung, öffentlichen Empfängen. 30 Jahre nach dem Fall der UdSSR haben die Ukrainer die Fähigkeit bewiesen, sich selbst und anderen ihre Würde zurückzugeben, aus ihren eigenen Fehlern und denen anderer zu lernen und trotz widriger Umstände weiterzukommen.

Übersetzung aus dem Ukrainischen: Lina Pleines

hundert während der militärischen Konfrontationen und im Gulag für die Verwirklichung dieses Traums. Der Austritt der Ukraine aus der UdSSR bedeutete den Zusammenbruch des bösen Imperiums und den Beginn eines neuen Abschnittes in der Geschichte der Ukraine.

Die Freude über den Feiertag wird durch ein Gefühl der starken Bitterkeit und Angst um die Zukunft getrübt, weil man sieht, wie sich die Ukraine nach 30 Jahren der Unabhängigkeit zu einem der ärmsten Länder Europas mit der höchsten Sterblichkeitsrate entwickelt hat. Der Unterschied zwischen Arm und Reich wächst, die Auswanderung und die Zahl der Arbeitsemigranten nimmt zu, die Gesellschaft wird immer grausamer und das Vertrauen der Menschen zueinander sinkt. Zu den Hauptproblemen des Landes gehört der katastrophale Mangel an Menschen mit modernem Denken, die in der Lage sind, etwas Neues zu schaffen.

Könnte es anders sein? Erschöpft von den enormen Verlusten in den beiden Weltkriegen, im Kampf gegen die totalitären Regime Deutschlands und der UdSSR und infolge der künstlichen Hungersnöte 1921–1923, 1932–1933 sowie 1946–1947, geschwächt durch massive politische Repressionen, der kirchlichen Unterstützung beraubt (die ukrainischen autokephale orthodoxe und griechisch-katholische Kirchen wurden zerstört und verboten), konnte das ukrainische Volk keine massenhafte antikommunistische Bewegung bilden (wie in Polen) und keine neue Elite vorbereiten, die sich von der alten wesentlich unterscheiden würde und die sowjetische Nomenklatura ersetzen konnte (so wie in Polen, Tschechien und Ungarn). Wie Wladimir Bukowski richtig feststellte: der Kommunismus in der UdSSR wurde nicht besiegt, sondern fiel unter seinem eigenen Gewicht zusammen.

Erinnern wir uns daran, dass die kommunistische Mehrheit im ukrainischen Parlament 1991 einen Kompromiss eingegangen ist, indem sie die Unabhängigkeit nur erklärt hat, um die sowjetische Macht zu behalten. Die Ukraine bekam die Unabhängigkeit durch den Zusammenbruch der Sowjetunion, war aber darauf gar nicht vorbereitet. Sie passierte einfach – jenseits unseres Verständnisses der gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse und so bekamen wir unerwartet (wer hätte gehaut, dass wir das noch erleben werden? – nur ganz wenige!) eine neue historische Situation: ein Land ohne politische Nation, wo in den Köpfen der Menschen im Westen und Osten des Landes verschiedene falsche Mythen saßen, in dem die meisten Leute orientierungslos waren und nicht wirklich verstanden, was passiert war.

In 30 Jahren sind wir seitdem der echten Unabhängigkeit viel nähergekommen. Es gibt drei Generationen, die nach 1991 geboren wurden. Die Jugend ist viel aufgeschlossener. Sie sind zum größten Teil ukrainische Patrioten, für die die UdSSR schon lange Geschichte ist. Es ist eine starke Zivilgesellschaft entstanden, die 2004 und 2013–2014 massiv gegen Ungerechtigkeit und Willkür des Staates rebelliert und gewonnen hat. Im Jahr 2014 gab es eine beeindruckende Mobilisierung von Freiwilligen, als 80 % der Ukrainer die Armee, die zu diesem Zeitpunkt handlungsunfähig war, sowie die

Verwundeten, Kranken und Vertriebenen unterstützten. 20 % der Ukrainer tun es heute noch. Das kreative Potenzial der ukrainischen Gesellschaft ist riesig.

Die Bedrohung unserer Unabhängigkeit ist heute jedoch noch größer als 1991. Die russische Führung, unterstützt durch die imperialistischen Ambitionen der meisten Russen, will den Austritt der Ukraine, unsere euro-atlantischen Bestrebungen nicht akzeptieren und lässt uns nicht in Frieden leben und droht mit einer Eskalation des bewaffneten Konflikts. Nur eine wirklich freie und demokratische Ukraine kann in diesem Duell das autoritäre und paternalistische Russland besiegen.

Die ukrainische Regierung hingegen verwendet weiterhin alte sowjetische Praktiken, die uns in die »russische Welt« zurückziehen. Die Strafverfolgungsbehörden arbeiten noch immer nach sowjetischen Standards. Korruption ist in der Tat ein Ersatz für den Markt und zeigt, dass Wirtschaft und Staat eng miteinander verbunden sind und Gewinne nur durch die Nähe zum Staat erzielt werden können. Die Korruptionsbekämpfung ist ausschließlich repressiv, also destruktiv. Aber komplexe Probleme lassen sich nicht mit einfachen Methoden lösen. Der Populismus der Regierung und der Versuch, sich auf die Wünsche des »Volkes« zu stützen, wird das Land in eine Sackgasse führen. Schließlich will »das Volk« möglichst viele Beamte inhaftieren, Oligarchen erschießen, den Reichen Geld nehmen und es an die Armen verteilen, alle »Kaukasier« und Migranten aus dem Land ausweisen.

Die größte Bedrohung liegt also in uns selbst. Wir waren nie in der Lage, einen zivilisierten modernen Staat zu schaffen, der eher ein Subjekt als ein Objekt der Weltpolitik wäre. Danylo Skoropadskys alter Satz, dass »die ukrainische Demokratie halbgebildet, ungezügelt, undiszipliniert und unkonventionell ist«, ist bis heute aktuell. Egal welche neue politische Partei die Ukrainer gründen, wird diese wieder dieselbe KPdSU, jede neue Strafverfolgungsbehörde ist wieder der alte KGB. Wir lassen zu, dass Behörden unverantwortlich und unkontrollierbar handeln. Wir müssen endlich verstehen, dass sich ohne die notwendigen Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft interne Widersprüche anhäufen und das Land auseinanderreißen werden, wie es bei der UdSSR der Fall war. Entweder wird die Ukraine nach und nach ein wirklich freies und demokratisches Land oder sie verliert ihre Unabhängigkeit.

Das wichtigste ist, sich für die Freiheit zusammen zu schließen, die die nationale Idee der Ukrainer ist. Der »Virus des Ungehorsams«, der Wunsch nach freiem Handeln im eigenen Schicksal, ist eines unserer bestimmenden Merkmale. Dieses »Virus« löste den Aufstand im stalinistischen Gulag aus (Ukrainer waren Organisatoren der Aufstände in Norilsk, Kengir und anderen Städten), inspirierte die Menschen in den 1960er Jahren, die in Lagern saßen für das Recht, die Dinge

beim Namen zu nennen. Ungehorsam führte im Herbst 2004 und 2013 endlich Menschen auf den Maidan und bewegte 2014 Freiwillige, sich für die Verteidigung des Landes gegen die russische Aggression einzusetzen.

Die Verabschiedung einer neuen Verfassung mit der Freiheit des Volkes als Grundwert muss die Grundlage aller Veränderungen werden. Eine funktionierende, vollwertige Landreform und die Förderung von IT und anderen Technologien, insbesondere die Schaffung eines ukrainischen Silicon Valley, sollten die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigen. Es ist notwendig, gesetzwidrige Handlungen der Strafverfolgungsbehörden wie SBU und NABU sowie des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats zu unterbinden. Wir brauchen eine echte, keine fiktive Reform der Gerichte und der Strafverfolgungsbehörden. Aber all dies ist nur möglich, wenn wir die alten sowjetischen Praktiken überwinden.

Über den Autor

Jewgenij Zacharow ist Direktor der Charkiwer Organisation für Menschenrechte. Er war Mitglied der Dissidentenbewegung in der Sowjetunion. Außerdem ist er Mathematiker, Menschenrechtsaktivist, Journalist, Schriftsteller und Verleger.

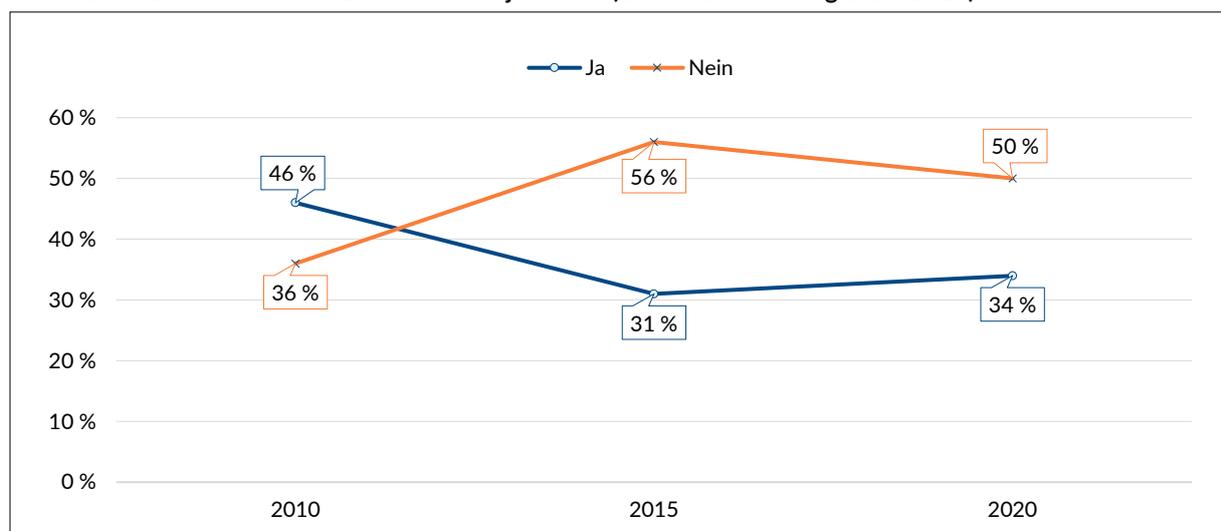
Egal, worüber wir sprechen – Reform von Polizei oder Staatsanwaltschaft, Folter beim Geheimdienst oder Korruptionsbekämpfung, Rückzahlung von Schulden an die Beschäftigten von Staatsbetrieben oder Umgang mit Migranten und Bewohnern der besetzten Gebiete – wir beantworten immer die Frage: respektiert der Staat die menschliche Freiheit, dient er zumindest der Linderung menschlichen Leidens oder bleibt er unbeteiligt? Diese Frage trennt wie ein Lackmuestest den Trend zur Achtung europäischer Werte von dem konservativen Trend zur Bewahrung sowjetischer Rudimente.

Es scheint, dass Gott über die Ukraine wacht. In den extremen Momenten dieser 30 Jahre geschah jedes Mal etwas, das uns gerettet hat. Aber Gott hilft nur denen, die sich selbst helfen. Ist es nicht an der Zeit, sich selbst besser zu helfen?

UMFRAGE

Bedauern Sie den Zerfall der Sowjetunion?

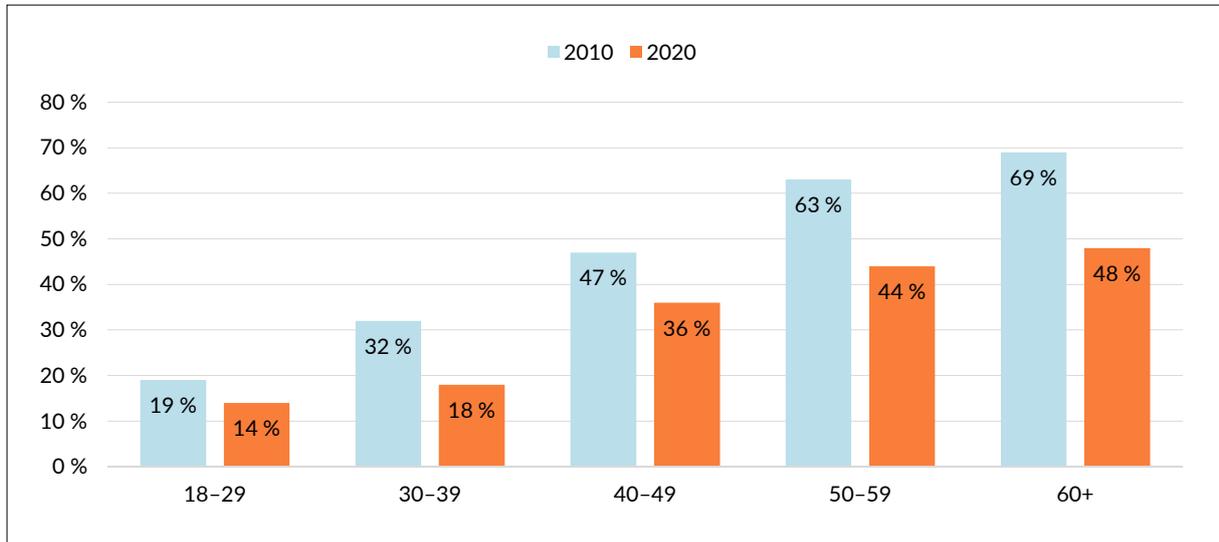
Grafik 1: Bedauern Sie den Zerfall der Sowjetunion? (Gesamtbevölkerung 2010–2020)



Anmerkung: An 100% fehlende Zahlen entfallen auf »weiß nicht« bzw. keine Antwort.

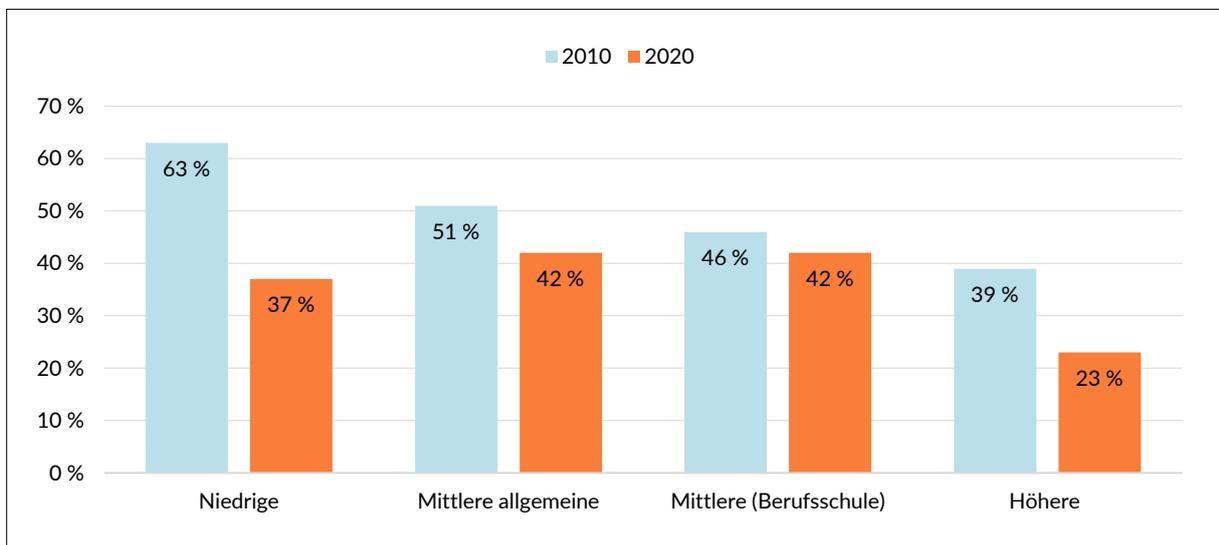
Quellen: Repräsentative Umfragen unter der ukrainischen Bevölkerung. Dezember 2010 (2.000 Befragte) durch die Rating-Gruppe (http://ratinggroup.ua/research/ukraine/back_in_ussr_mneniya_ukraincev_i_rossiyan.html); September 2015 (1.800 Befragte) durch die Rating-Gruppe (http://ratinggroup.ua/research/ukraine/dinamika_nostalgi_po_ussr.html); Mai 2020 (2.000 Befragte ohne nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierte Gebiete) durch das Kiewer Internationale Institut für Soziologie – KIIS (<https://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=950&page=1>)

Grafik 2: Altersgruppen: Bedauern Sie den Zerfall der Sowjetunion? (»Ja«-Antworten nach Altersgruppen, 2010 und 2020)



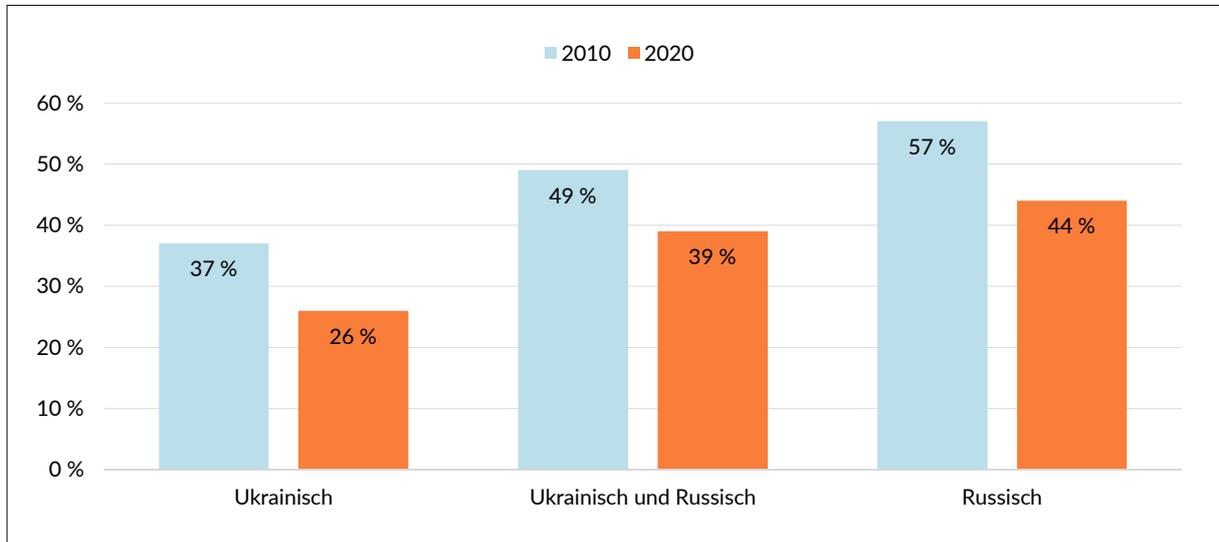
Quellen: Repräsentative Umfragen unter der ukrainischen Bevölkerung. Dezember 2010 (2.000 Befragte) durch die Rating-Gruppe (http://ratinggroup.ua/research/ukraine/back_in_ussr_mneniya_ukraincev_i_rossiyan.html); Mai 2020 (2.000 Befragte ohne nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierte Gebiete) durch das Kiewer Internationale Institut für Soziologie – KIIS (<https://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=950&page=1>)

Grafik 3: Bildungsgrad: Bedauern Sie den Zerfall der Sowjetunion? (»Ja«-Antworten nach Bildungsgrad, 2010 und 2020)



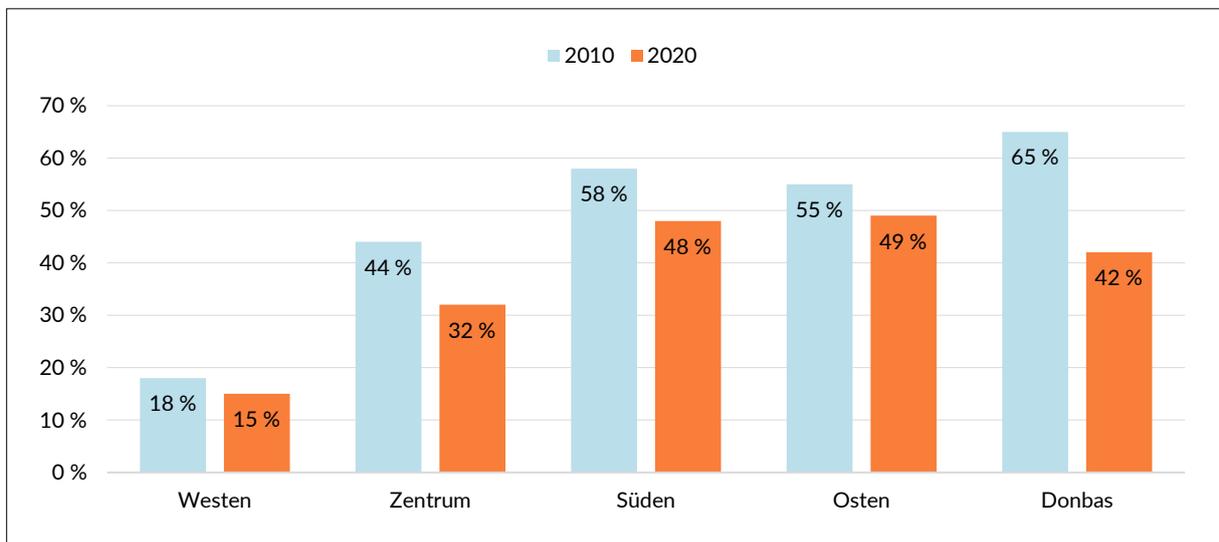
Quellen: Repräsentative Umfragen unter der ukrainischen Bevölkerung. Dezember 2010 (2.000 Befragte) durch die Rating-Gruppe (http://ratinggroup.ua/research/ukraine/back_in_ussr_mneniya_ukraincev_i_rossiyan.html); Mai 2020 (2.000 Befragte ohne nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierte Gebiete) durch das Kiewer Internationale Institut für Soziologie – KIIS (<https://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=950&page=1>)

Grafik 4: Sprache: Bedauern Sie den Zerfall der Sowjetunion? (»Ja«-Antworten nach bevorzugter Sprache, 2010 und 2020)



Quellen: Repräsentative Umfragen unter der ukrainischen Bevölkerung. Dezember 2010 (2.000 Befragte) durch die Rating-Gruppe (http://ratinggroup.ua/research/ukraine/back_in_ussr_mneniya_ukraincev_i_rossiyan.html); Mai 2020 (2.000 Befragte ohne nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierte Gebiete) durch das Kiewer Internationale Institut für Soziologie – KIIS (<https://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&sid=950&page=1>)

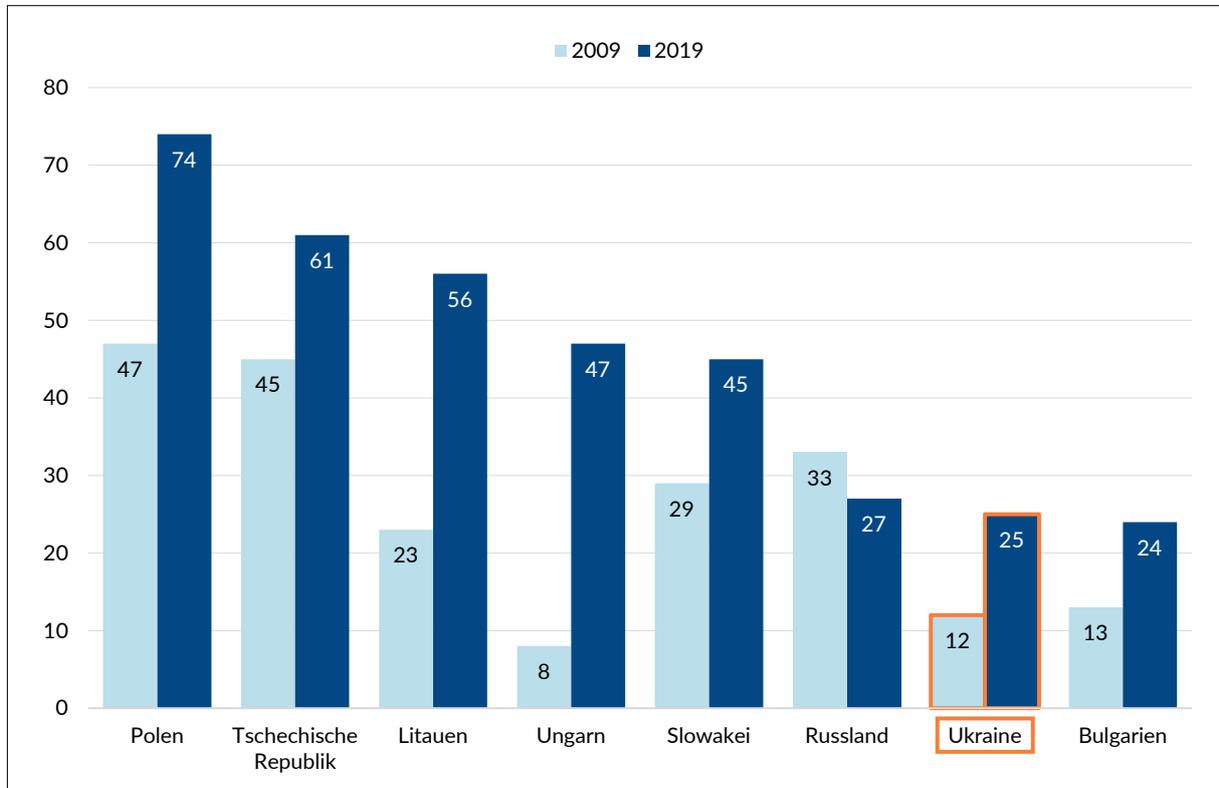
Grafik 5: Regionen: Bedauern Sie den Zerfall der Sowjetunion? (»Ja«-Antworten nach Region, 2010 und 2020)



Anmerkung: In der Umfrage von 2010 ist zusätzlich noch der »Norden« ausgewiesen, der hier dem Zentrum zugerechnet wurde. In der Umfrage von 2020 umfasst der Donbas nur die von der ukrainischen Regierung kontrollierten Gebiete. Der Süden umfasst nicht mehr die Krim.

Quellen: Repräsentative Umfragen unter der ukrainischen Bevölkerung. Dezember 2010 (2.000 Befragte) durch die Rating-Gruppe (http://ratinggroup.ua/research/ukraine/back_in_ussr_mneniya_ukraincev_i_rossiyan.html); Mai 2020 (2.000 Befragte ohne nicht von der ukrainischen Regierung kontrollierte Gebiete) durch das Kiewer Internationale Institut für Soziologie – KIIS (<https://www.kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&sid=950&page=1>)

Grafik 6: Die wirtschaftliche Situation ist heutzutage für die meisten Menschen besser als zur Zeit des Kommunismus (% , Ländervergleich)



Quelle: Pew Research Center, 14. Oktober 2019. https://www.pewresearch.org/global/2019/10/14/political-and-economic-changes-since-the-fall-of-communism/pg_10-15-19-europe-values_hungary/.

Zusammengestellt und übersetzt von Almuth Müller

Die Chronik für den Zeitraum der Sommerpause von Juli bis September 2021 finden Sie auf unserer Webseite unter:
<https://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/chronik?c=ukraine&d1=2021-07-12&d2=2021-09-20>

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Prof. Dr. Heiko Pleines (verantwortlich)
Chronik: Almuth Müller
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
ISSN 1862-555X © 2021 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.